

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2023



**Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn –  
Einkommengrenzen angehoben, Leistungen erhöht**

**Tödliche Spionage im Kalten Krieg**

**Fahrt nach Tost/Oberschlesien**

**Er musste durchhalten...**

**Inhalt****Aktuell**

- 3 Symposium „Deutschland der Ideen – Beiträge zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements“  
CAMPUS-KINO – Filme in der ehemaligen Stasi-Zentrale Berlin  
Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
- 4 62. Jahrestag des Mauerbaus – Gedenkstätte Berliner Mauer  
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock  
Bundesweiter Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten“ 2023/24  
Landesbeauftragte gratuliert ihrem Nachfolger zur Wahl
- 6 Forum Opposition und Widerstand 1945–1990  
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus  
Neues Messengerprojekt
- 7 Beratung für Opfer von SED-Unrecht  
Veranstaltungen

**Recht**

- 7 Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn –  
Einkommensgrenzen angehoben, Leistungen erhöht

**Aufarbeitung**

- 8 Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten  
Erforschung der sowjetischen Nutzungsphase
- 9 Gedenken an die Widerstandsgruppe Weiße Rose

**Berichte**

- 10 Wie ist die Bundesregierung seit 1990 mit den  
Zwangsausgesiedelten umgegangen?
- 11 Gedenkfeier zum 17. Juni 1953 am Deutschen Eck in Koblenz
- 12 Problem ist der Anspruch und die Wirklichkeit...

**International**

- 13 Obwohl vordergründig kein politisch aktiver Mensch...

**Geschichte**

- 15 Die Montags-Friedensgebete von Leipzig-Probsteida
- 16 Er musste durchhalten...

**Verbände**

- 18 Umfrage „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR (1945 – 1990)“  
Fahrt nach Tost/Oberschlesien
- 19 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.  
Hans Schwenke ist verstorben

**Service/Bücher**

- 20 Der vormundschaftliche Staat – eine Analyse,  
die auch heute zu denken gibt  
Neue Ausgabe der Zeitschrift Gerbergasse 18 –  
Schwerpunkt MUSIK
- 21 Tödliche Spionage im Kalten Krieg

**Umschlagbild**

Brandenburger Tor in Berlin im Juni 1988. Die Berliner  
Pferdestaffel der Polizei bewacht die „Grenze“.

Foto: Henning Pietzsch

**Editorial**

# Trilogie von Schrecken und Freude

In jedem Jahr seit dem Fall der Schandmauer wiederholen sich historische Ereignisse. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der Mauerbau am 13. August 1961 und der Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober als Ergebnis der Friedlichen Revolution im Herbst 1989. Anders als in einer griechischen Tragödie, wo am Ende in der Regel alle sterben, haben wir überlebt. Die Freude über den am Ende guten Ausgang lässt uns aber nicht in Freudentaumel verfallen, sondern macht uns immer wieder nachdenklich und vorsichtig. Nachdenklich, weil die Frage im Raum steht: Warum haben die das gemacht? Vorsichtig, weil eine weitere Frage im Raum steht: Werden die Opfer, insbesondere der eingesperrten Ostdeutschen, vergessen und der Geschichte anheim gegeben?

Bei meinen Gesprächen u. a. mit der Kulturstaatsministerin Claudia Roth bin ich immer wieder überrascht, wie offen und schonungslos sie ihre Unkenntnis über die realen Lebens-/Überlebensumstände der Menschen in der ehemaligen DDR bekennt. Daraus lässt sich kein Vorwurf ableiten, so sahen es die meisten Bundesdeutschen. Für meine Verwandten aus Essen war schon die Grenzkontrolle eine furchteinflössende Prozedur, die sie nie vergessen haben. Unser Alltag in der DDR war ihnen so fremd wie irgendwas. Wie sollten sie auch begreifen können, wie weit diese Verbrecherbande in unser Leben eingedrungen ist.

Als mein Bruder Günter sich bei der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV)

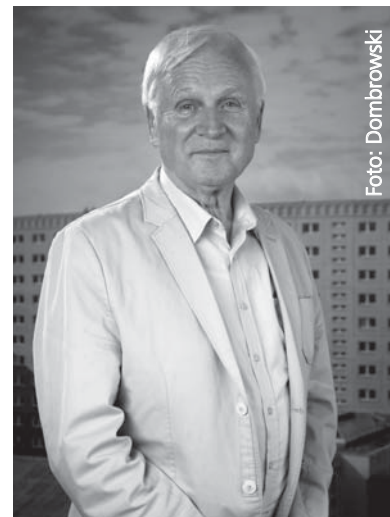


Foto: Dombrowski

um eine Wohnung bewarb, wurde ihm gesagt: „Herr Dombrowski, Sie haben nicht an der letzten Wahl teilgenommen, dann brauchen Sie doch auch keine Wohnung.“ Irre. Wie sollen Menschen im Westen einen solchen Irrsinn erfahren und begreifen können. Ja, wir freuen uns über die Deutsche Einheit. Wir denken aber auch an die Menschen, die den Zusammenbruch der SED-Diktatur nicht mehr erleben konnten. Wir denken an das Leid der Familien, die getrennt wurden, an die, denen der letzte Rest an Selbstbestimmung genommen wurde, an die, die alles verloren haben und besonders an die, denen durch feige Hand das Leben genommen wurde.

Blieben Sie gesund und aufrecht!

Ihr Dieter Dombrowski

# Symposium „Deutschland der Ideen – Beiträge zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements“

Zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements präsentiert das Symposium der Deutschen Gesellschaft e. V. und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat im Jahr 2023 beispielhafte Projekte, die Lösungen für unterschiedliche Gesellschaftsherausforderungen aufzeigen – und die andere Initiativen zur Nachahmung anregen sollen. Zugleich werden anhand dieser Best-Practice-Beispiele generalisierbare Antworten auf die Fragen gesucht, wie Innovationen gefördert und Rahmenbedingungen für die Umsetzung zukunftssträchtiger Ideen verbessert werden können.

**Zeit:** 17.10.2023 (10:00-17:30 Uhr)

**Ort:** Vertretung  
des Landes Hessen beim Bund  
In den Ministergärten 5,  
10117 Berlin

Die Veranstaltung wird als Bildungsurlaub anerkannt, findet in Präsenz statt und wird auf dem YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V. ergänzend live im Internet übertragen. Der Eintritt ist frei – um Anmeldung wird bis zum 13. Oktober 2023 gebeten, an: deutschlandderideen@deutsche-gesellschaft-ev.de

**Livestream**

<https://youtube.com/live/i1Tgr2bDFpl>

Programm und ausführliche Informationen: <https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1667-2023-symposium-deutschland-der-ideen.html>

**Kontakt:** Deutsche Gesellschaft e. V.

Dr. Heike Tuchscheerer

Politik und Geschichte

Tel.: 030 88412-254

E-Mail: heike.tuchscheerer

@deutsche-gesellschaft-ev.de



## CAMPUS-KINO – Filme in der ehemaligen Stasi-Zentrale Berlin

Vom 07. August bis zum 31. August 2023 wird der Innenhof der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ bereits zum vierten Mal zur Open-Air-Spielstätte: Das Campus-Kino präsentiert vier Wochen lang Filme zu DDR-Vergangenheit, Staatsicherheit, Opposition und Aufklärung. Zeugnisse aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv und dem Archiv der DDR-Opposition sowie Kurzgespräche mit Filmschaffenden und Zeitzeugen und Zeitzeuginnen ergänzen das diesjährige Programm.

**Donnerstag 10.08.,  
3 ½ Stunden, 95 min., 2021**

mit: Fluchthelfer Klaus-Michael von Keussler (Tunnel 57); Führung durch die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ ab 18.00 Uhr

**Montag 14.08., Der Stich  
des Skorpions, 90 min., 2004**

mit: Zeitzeuge Wolfgang Welsch

**Dienstag 15.08.,  
Die Familie, 92 min., 2013**

mit: Regisseur Stefan Weinert

**Donnerstag 17.08.,  
Fairplay, 94 min., 2014**

mit: Journalist und Doping-Experte Hajo Seppelt

**Montag 21.08.,  
Olaf Jagger, 95 min., 2023**

mit: Produzent Torsten Reglin und Toni Krahl (Sänger der Band City); Führung

durch die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ ab 18.00 Uhr

**Dienstag 22.08., Depeche Mode  
und die DDR, 89 min., 2018**

mit: Regisseurin Heike Sittner und Zeitzeuge Thilo Schmied; Führung durch das Archiv der DDR-Opposition ab 18.00 Uhr

**Donnerstag 24.08.,  
Nebenan, 94 min., 2021**

mit: Schauspieler Peter Kurth (angefragt)

**Montag 28.08.,  
Der Aufstand, 105 min., 2003**

mit: Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien

**Dienstag 29.08.,  
Kranke Geschäfte, 105 min., 2019**

mit: Arzt und Publizist Rainer Erices

**Donnerstag 31.08., Rebellinnen –  
Fotografie. Underground. DDR,  
84 min., 2019**

mit: Zeitzeugin Gabriele Stötzer; Führung durch das Archiv der DDR-Opposition ab 18.00 Uhr

An jedem Vorstellungstag werden vor Veranstaltungsbeginn kostenlose Führungen auf dem Gelände angeboten. Am 10. und 21. August finden ab 18.00 Uhr Zeitzeugenführungen durch die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ statt. Am 07., 22. und 31. August zeigen unsere Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter Ihnen ab 18.00 Uhr in einer Sonderführung die Bestände des Archivs der DDR-Opposition.

**Termin:** 07. August bis 31. August 2023,  
Filmstart jeweils 19.30 Uhr

**Ort:** Innenhof, Stasi-Zentrale.  
Campus für Demokratie,  
Ruschestraße 103, 10365 Berlin

**Verkehrsanbindung:**

U5, Magdalenenstraße

Über das detaillierte Veranstaltungsprogramm informieren Sie sich bitte im Veranstaltungsflyer oder auf unserer Internetseite. Ihre Anmeldung zu einer Führung senden Sie bitte an [besuch.stasi-unterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:besuch.stasi-unterlagenarchiv@bundesarchiv.de).

Die Anzahl der Sitzplätze ist begrenzt, bitte kommen Sie rechtzeitig. Speisen und Getränke sind vor Ort erhältlich. Der Eintritt ist frei. Veranstalter: Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

## Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

**Öffentliche Führungen**

Montag, 14.08.2023, 14.00 Uhr

Montag, 21.08.2023, 14.00 Uhr

Montag, 28.08.2023, 14.00 Uhr

**Ort**

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Bautzner Straße 112a, 01099 Dresden

Internet: [www.stasihaft-dresden.de](http://www.stasihaft-dresden.de)

## 62. Jahrestag des Mauerbaus – Gedenkstätte Berliner Mauer

### Gedenkveranstaltung Sonntag, 13. August 2023 in der Kapelle der Versöhnung, Bernauer Straße 4, 10115 Berlin

Wir erinnern an den Bau der Berliner Mauer vor 62 Jahren und gedenken der Opfer von Mauer und Teilung. In diesem Jahr stehen Menschen im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltung, die heute ein lebendiges Erinnern ermöglichen, indem sie sich ehrenamtlich engagieren und die Öffnung der Kapelle der Versöhnung sicherstellen.

### Anlässlich des 62. Jahrestags des Mauerbaus am 13. August sind alle Führungen der Stiftung Berliner Mauer kostenfrei.

Unsere Guides (Gedenkstättenführer) sind am 13. August an verschiedenen Orten für Sie da und geben fachkundig Auskunft. Sie informieren über die historischen Orte und stehen für Fragen und Gespräche über die Stadtentwicklung nach dem Mauerfall zur Verfügung:

- Gedenkstätte Berliner Mauer,  
11.00–13.00 Uhr und  
14.00–16.00 Uhr  
Bernauer Straße, 13355 Berlin
- Parlament der Bäume,  
14.00–16.00 Uhr  
Schiffbauerdamm, 10117 Berlin

- Gedenkstätte Günter Litfin,  
14.00–16.30 Uhr  
Kieler Straße 2, 10155 Berlin

### Leben im Schatten der Mauer. Wohnen und Leben im Wedding. Kiezführung.

**Sonntag, 13. August 2023, 15.00 Uhr**  
Modell der Gedenkstätte Berliner Mauer,  
Bernauer Straße / Ecke Brunnenstraße,  
13355 Berlin

Bei einem Kiezspaziergang im erweiterten Gedenkstättenbereich mit umliegenden Straßen und Plätzen erläutert ein Stadtplaner, was der Mauerbau und der Abriss der Mauer für die Quartierspolitik im Wedding, das Wohnen, das Arbeiten und die Erholung in den Nachbarschaften bedeutete. Teilnahme kostenfrei. Um Anmeldung wird gebeten.

### 62. Todestag von Günter Litfin Donnerstag, 24. August 2023, 11.00–17.00 Uhr, Gedenkstätte Günter Litfin, Kieler Straße 2, 10155 Berlin.

Günter Litfin war das erste Todesopfer durch Schüsse an der Berliner Mauer. Er wurde am 19. Januar 1937 geboren und wuchs in Ost-Berlin auf. Bis zum Mauerbau am 13. August 1961 arbeitete er in West-Berlin. Vom politischen System in der DDR nicht überzeugt und nach dem

Mauerbau von seinem Arbeitsplatz abgeschnitten, suchte er nach Fluchtwegen. Am 24. August 1961 versuchte er durch den Humboldthafen (nahe dem heutigen Hauptbahnhof) nach West-Berlin zu schwimmen. Nach Warnschüssen eröffneten Ost-Berliner Transportpolizisten das Feuer und trafen ihn tödlich. Unsere Live Speaker (Ansprechpartner vor Ort) sind von 14.00 bis 16.30 Uhr vor Ort und kommen mit Ihnen zur Geschichte Günter Litfins und des Ortes ins Gespräch.

### Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau – Tastführung – Inklusive Führung

**Samstag, 26. August 2023, 11.00 Uhr**  
Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

Während der Führung im ehemaligen Grenzstreifen werden die Folgen des Mauerbaus exemplarisch anhand der Bernauer Straße aufgezeigt. Blinde und sehbeeinträchtigte Menschen erleben den historischen Ort mithilfe von Hör- und Tasteindrücken: Historische Spuren, Mauerreste, Höreindrücke und taktile Medien machen die Geschichte des geteilten Berlins fassbar. Sehenden Teilnehmenden eröffnen sich neue Perspektiven auf die Zeit der Teilung.

Stiftung Berliner Mauer  
Bernauer Straße 111, 13355 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 213085-123  
Internet:  
[info@stiftung-berliner-mauer.de](mailto:info@stiftung-berliner-mauer.de)



## Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden

### Besuchertage mit Archivführungen: Termine September–Dezember 2023

- 31.08.2023, 16.30 Uhr Archivführung
- 28.09.2023, 16:00 Uhr Angebot  
„Stasi-Akten entdecken“  
16.30 Uhr Archivführung
- 26.10.2023, 16.30 Uhr Archivführung
- 30.11.2023, 16.30 Uhr Archivführung
- 14.12.2023, 16.00 Uhr Angebot  
„Stasi-Akten entdecken“,  
16.30 Uhr Archivführung

Archivführungen für Seniorinnen und Senioren 08.08.2023 und 07.11.2023 | jeweils 10.00 Uhr, barrierefreier Rundgang mit Sitzmöglichkeiten.

### VERANSTALTUNGEN

**10.09.2023, 10.00 Uhr:** Rundgang „Die Topographie der Sicherheit“ über das ehemalige Areal der Staatssicherheit am Elbhang mit Heiko Neumann (Historiker) | Treffpunkt: Eingang Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

**26.10.2023, 18.00 Uhr:** Zwischen Schicksalsaufklärung und Familiengeschichte. Personenbezogene Auskünfte zum Ersten und Zweiten Weltkrieg mit Dr. Gunnar Wendt (BArch, WAST)

**16.09.2023, 10.00 Uhr:** Rundgang Operativer Vorgang (OV) „Sadist“ zu

Orten der NS-Verbrechen in Dresden mit Madlen Richter (Bundesarchiv)

Um Anmeldung zu den Archivführungen wird unter Tel. 0351 2508-3411 oder per E-Mail: [dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de) gebeten. Alle Angebote sind kostenfrei.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden  
Rieser Str. 7 D, 01129 Dresden  
Tel.: (0351) 2508-3411  
E-Mail: [dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de)  
Internet: [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)  
[www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)



# Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

## Mittwoch, 02. August 2023

Bürgerberatung 13.00 – 17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

## Dienstag, 29. August 2023

Veranstaltung 18.00 Uhr

Unterdrückt-Zerbrochen-Widerstanden

Schicksale in Ostdeutschland 1945-1989

Zeitzeugengespräch mit Martina und

Rüdiger Schmidt

## Dienstag, 05. September 2023

Öffentliche Führung 15.00 Uhr

Einer Diktatur auf der Spur

Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv  
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv  
Rostock

Straße der Demokratie 2  
18196 Waldeck-Dummerstorf

## Mittwoch, 06. September 2023

Bürgerberatung 13.00 – 17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

**Ort** (wenn nicht anderes ausgewiesen):

Dokumentations- und Gedenkstätte in  
der ehemaligen Untersuchungshaft der  
Staatsicherheit Rostock (DuG)

Grüner Weg 5  
18055 Rostock  
(Angebote in Kooperation  
mit der LpB M-V/DuG)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-  
Archiv – Außenstelle Rostock  
Straße der Demokratie 2,  
18196 Waldeck/Dummerstorf  
Tel.: 038208 826 1323

E-Mail:  
Beate.Karow@bundesarchiv.de  
Internet: [www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock)



## Bundesweiter Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten“ 2023/24

Am 01. September 2023 ist es soweit: Der bundesweite Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ startet in seine dritte Runde. Vor über 30 Jahren ermöglichten die Friedliche Revolution und der demokratische Aufbruch in der DDR die deutsche Einheit. Aber was passierte in der spannenden Zeit danach? Wir laden Jugendliche ein, sich mit der Transformationszeit seit 1989/1990 zu beschäftigen. **Das Schwerpunktthema lautet dieses Mal: „Gesellschaft in Bewegung“.** Die Jugendlichen können dabei selbst wählen, mit welcher Art von Bewegung sie sich befassen: etwa mit einem Umzug zwischen Ost und West, den neuen Reisefreiheiten oder mit politischen Bewegungen wie der Frauen- oder Umweltbewegung.

Teilnehmen können Jugendliche im Alter von 13 bis 19 Jahren, die Lust haben, sich auf die historische Spurensuche zu bege-

ben und sich mit konkreten Geschichten über Menschen und Orte auseinanderzusetzen. Die Jugendlichen nehmen in Gruppen am Wettbewerb teil, mindestens zwei Jugendliche bilden ein Team und werden von einer volljährigen Projektbegleitung betreut. Ob der Beitrag an einer Schule oder einer außerschulischen Einrichtung, im Rahmen einer Projektwoche, von Projekttagen, einer AG oder ehrenamtlicher Verbandsarbeit entsteht, kann frei von den Gruppen entschieden werden. Die offene Ausrichtung des Wettbewerbs ermöglicht den Projektbegleitungen und Gruppen, die Projektarbeit frei an die eigenen zeitlichen Möglichkeiten, Rahmenbedingungen oder Lehrpläne anzupassen.

### Mitmachen lohnt sich in jedem Fall:

Zu gewinnen gibt es 30 Preise mit bis zu 3.000 Euro Preisgeld und eine Reise nach Berlin zur Preisverleihung. Alle Fragen beantwortet das Projektbüro in einer ersten

Info-Veranstaltung online am 20. Juni ab 15.30 Uhr. Auf unserer Website sind alle weiteren Infos zum Wettbewerb, dem aktuellen Schwerpunktthema und die Anmeldung zur Infomail zu finden, um keine Neuigkeiten zur neuen Wettbewerbsrunde zu verpassen.

Der Jugendwettbewerb ist ein Kooperationsprojekt der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland.

Nele Wieting,  
Projektbüro Umbruchszeiten  
Bundesstiftung zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur  
Kronenstraße 5 | 10117 Berlin  
Tel. 030 / 31 98 95 336 |  
Fax 030/ 31 98 95 210  
E-Mail: [umbruchszeiten@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:umbruchszeiten@bundesstiftung-aufarbeitung.de) | [www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de) | [facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung](https://facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung)  
Datenschutz: [www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/datenschutz](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/datenschutz)  
Jugendwettbewerb Umbruchszeiten:  
[www.umbruchszeiten.de](http://www.umbruchszeiten.de)



## Landesbeauftragte gratuliert ihrem Nachfolger zur Wahl

Am heutigen Donnerstag, 13. Juli 2023 wählte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern Burkhard Bley zum neuen Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Er wird sein Amt zum 11. August 2023 antreten.

„Ich freue mich sehr über die Entscheidung der Abgeordneten, Burkhard Bley mit so einem eindeutigen Ergebnis in das Amt zu wählen. Burkhard Bley ist bereits seit 2013 als stellvertretender Landesbeauftragter tätig und wird weiter engagiert für die Belange Betroffener politischer Repression

eintreten. Ich gratuliere Burkhard Bley auch im Namen unseres Teams sehr herzlich zur Wahl“, sagte Anne Drescher, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

**Kontakt:** Landesbeauftragte Anne Drescher  
Bleicherufer 7 | 19053 Schwerin  
Tel.: 0385 - 734006  
E-Mail: [post@lamv.mv-regierung.de](mailto:post@lamv.mv-regierung.de)  
Internet: [www.landesbeauftragter.de](http://www.landesbeauftragter.de)



## Forum Opposition und Widerstand 1945–1990

Am 15. Juni 2023 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, „das 'Forum Opposition und Widerstand 1945–1990' aufbauend auf der im Auftrag des Deutschen Bundestages erstellten Machbarkeitsstudie der Robert-Havemann-Gesellschaft zügig umzusetzen und in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einzubinden“.

Diese inhaltliche und bauliche Machbarkeitsstudie wurde im Auftrag der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. (RHG) von der VON GROTE GmbH – Ausstellungen, Museen, Innenräume (Projektsteuerung) –, dem Historischen Forschungsinstitut Facts & Files Berlin in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, dem Architekturbüro ERNST – office for architecture und

Jasper Bieger – MBA Management- und Organisationsberatung erarbeitet und im vergangenen Jahr von der RHG vorgelegt. Wir haben damit einen guten Grundstein gelegt und freuen uns nun zusammen mit Partnerinnen und Partnern aus Bund und Land sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen auf die Umsetzung des Projektes.

Eine erweiterte Machbarkeitsstudie, die weitere bauliche Optionen auf dem Campus für Demokratie prüft, ist derzeit im Auftrag der RHG in Arbeit und wird im zweiten Halbjahr 2023 fertig gestellt. Nach den ereignisreichen Tagen um den 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 wollen wir anlässlich des Bundestagsbeschlusses und anknüpfend an Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Initiativen den Faden nicht abreißen lassen und sobald auch die erweiterte Machbarkeits-

studie vorliegt zum öffentlichen Austausch über die Forums-Planungen einladen.

Ein konkreter Termin wird baldmöglichst kommuniziert. Bis dahin möchten wir aber schon jetzt die Gelegenheit nutzen, um auf die bereits vorliegende Machbarkeitsstudie zu verweisen und sind selbstverständlich für Nachfragen ansprechbar: <https://www.havemann-gesellschaft.de/beitraege/forum-opposition-und-widerstand-1945-1990/>

Die gedruckte Kurzfassung der Machbarkeitsstudie zur Ansicht (pdf). Gerne sende wir Ihnen die vollständige Langfassung der Machbarkeitsstudie zu. Wenden Sie sich dazu bitte per Mail an [info@havemann-gesellschaft.de](mailto:info@havemann-gesellschaft.de)

Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.  
Archiv der DDR-Opposition  
Ruschestraße 103, Haus 17  
10365 Berlin



## Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

**Dienstag, 08. August 2023, 18:00 Uhr**  
Bernhard Priesemuth, der Referent präsentiert seine akribischen Forschungsergebnisse: Sie starben namenlos und bekamen keine Gräber – Das Schicksal der „Sonderhäftlinge“ von MfS und KGB

**Dienstag, 22. August 2023, 18:00 Uhr**  
Dr. Erik Lommatzsch, der Historiker und Publizist hält seinen Vortrag: Der Kampf

um eine eigenständige CDU in der SBZ: Andreas Hermes und Jakob Kaiser

**Dienstag, 05. September 2023, 18:00 Uhr**

Prof. Dr. Harald Seubert, der Professor für Philosophie und Religionswissenschaft an der Theol. Hochschule Basel hält seinen Vortrag: Zum 5. Todestag von Ulrich Schacht [1951 – 2018]

**Dienstag, 19. September 2023, 18:00 Uhr**

Thomas Lukow, der freie Mitarbeiter des Stasimuseums in Berlin und ehem. politische Häftling hält multimedial seinen Vortrag: Die Bedeutung des DDR-Films zwischen Systempropaganda und Systemkritik

Gedenkbibliothek zu Ehren  
der Opfer des Kommunismus  
Nikolaikirchplatz 5–7  
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)  
Tel.: 030 – 283 43 27  
[www.Gedenkbibliothek.de](http://www.Gedenkbibliothek.de)



## Neues Messengerprojekt

Nachricht von Micha – Meine Flucht am Checkpoint Charlie. Die Stiftung Berliner Mauer startet ein neues digitales Projekt zum Checkpoint Charlie: Ab sofort können sich Interessierte online anmelden, um die spektakuläre Flucht des 13-jährigen Micha kurz nach dem Mauerbau im Oktober 1961 per Messenger hautnah mitzuerleben. Im Zeitraum von August bis Oktober 2023 gibt es dann regelmäßig Nachrichten von Micha. **Die Anmeldung zum Projekt ist ab sofort online möglich:** [www.stiftung-berliner-mauer.de/micha](http://www.stiftung-berliner-mauer.de/micha).

**Was ist ein Messenger?** Mit Texten, Bildern, Videos und Sprachnachrichten quasi in Echtzeit via WhatsApp, Telegram oder iMessage erfahren die Nutzerinnen und Nutzer mehr über den riskanten Fluchtversuch von Micha.

Die Geschichte von Micha beruht auf wahren Begebenheiten und das Projekt wurde gemeinsam mit dem Protagonisten entwickelt. Micha wagt die Flucht in den Westen auf unterirdischem Weg durch die Kanalisation — kurz bevor sich im Oktober 1961 am Checkpoint Charlie sowjetische und US-amerikanische Panzer bedrohlich gegenüberstehen. Er nimmt uns mit zu seinen Vorbereitungen und lässt uns an seinem Leben im seit wenigen Wochen geteilten Berlin teilhaben. Damit vermittelt er ein lebendiges Bild des Berlins kurz nach dem Mauerbau.

Auch kurze Erklärfilme sind Teil des Projekts und erläutern zentrale Ereignisse wie zum Beispiel den Mauerbau oder die Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie.

Rund um den 62. Jahrestag der Panzerkonfrontation plant die Stiftung Berliner Mauer am 28. und 29. Oktober 2023 ein Veranstaltungswochenende am historischen Ort mit einem Zeitzeugengespräch und Sonderführungen auf den Spuren der Flucht und der Panzerkonfrontation. Das Projekt wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend erinnert“ gefördert, welches von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur betreut wird.

**Weiterführende Links und Informationen**

Bundesstiftung Aufarbeitung: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/foerderung/foerderprogramme/jugend-erinnert/Gefoerderte-Projekte/Brennpunkt-Checkpoint-Charlie>




# Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der Beratungstermin in Halle (Saale) findet im Zeit-Geschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte, Große Ulrichstraße 51, 06108 Halle/Saale, am Donnerstag, 10.08.2023 von 10.00 bis 16.00 Uhr statt. Anmeldung unter Tele-

fon: 0391/560-1501; E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg finden regelmäßig dienstags in den Räumen der Be-

hörde am Schleinufer 12 in 39104 Magdeburg statt. Dienstag 08.08., 15.08., 22.08. und 29.8.2023 von 14.00 bis 17.00 Uhr statt. Anmeldung unter Telefon: 0391/560-1505; E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de 

## Veranstaltungen

**Tag der Heimat 2023** – zentrale Auftaktveranstaltung des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin

**Samstag 26. August 2023**

**12.00 Uhr** Festakt Französische Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt 5, 10117 Berlin.

Nur mit Einladung, Anmeldung und Einlasskarte

**15.30 Uhr** öffentliche Kranzniederlegung am zentralen Mahnmal für die Vertriebenen am Theodor-Heuss-Platz, Berlin

**34. Gedenktag und -veranstaltung der Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e.V.** (Speziallager Nr. 6) auf dem Waltfriedhof in Jamlitz

**Samstag 09. September 2023**

**11.00 Uhr** Gottesdienst in der Evangelischen Landkirche Lieberose

**14.00 Uhr** Waldfriedhof Jamlitz – Gedenken an den Massengräbern

Kontakt Mail: ig.jamlitz@gmail.com


**32 Jahre Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen** – gemeinsame Veranstaltung mit der Hochschule und Stadt Neubrandenburg in der Konzertkirche Neubranden-

burg aus Anlass des 75. Jahrestages der Schließung des Lagers Fünfeichen.

**Samstag 23. September 2023**

**Ab 7.30 Uhr** Gedenkveranstaltung in der Mensa der Hochschule Neubrandenburg, anschließend ab 11.45 Uhr Fahrt mit bereitgestellten Bussen zur Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen

**15.00 – 18.00 Uhr** Wohltätigkeitskonzert in der Konzertkirche Neubrandenburg mit Kaffee und Kuchen

Kontakt und Rückmeldung nur schriftlich bis 31. August 2023 an: Dr. Rita Lütcke, Hopfenstraße 5a, 17034 Neubrandenburg 

## Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn – Einkommensgrenzen angehoben, Leistungen erhöht

Der Personenkreis, der Leistungen von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn erhält, kann sich freuen. Die Stiftung hat ihr im vorherigen Jahr gegebenes Versprechen, die Leistungen zu erhöhen, eingelöst.

Der Stiftungsrat hat unlängst umfangreiche Änderungen der Bewilligungskriterien für Leistungen nach § 18 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes in Form der Zugangskriterien und der bereits seit Februar 2023 in Kraft getretenen Erhöhungen der Unterstützungsleistungsbeträge beschlossen.

Für Antragsteller, die in Abhängigkeit von Ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit Stiftungsleistungen beziehen können, haben sich die Zugangskriterien aufgrund der erneuten Anhebung der Einkommensrichtwerte dahingehend verbessert bzw. bewährt, weil sie u. a. den jeweiligen Rentenerhöhungen und der jüngsten Erhöhung der Altersrente Rechnung tragen, und dadurch einem möglichen Verlust der

bisherigen Leistungen Einhalt geboten wird.

Ab 01. Juli 2023 ist von einer besonderen wirtschaftlichen Beeinträchtigung grundsätzlich dann auszugehen, wenn der Antragsteller nach Abzug von Miete (einschließlich Betriebskosten) bzw. der monatlichen Aufwendungen für ein Eigenheim, die neuen Einkommensrichtwerte als **Alleinstehender von 1.370,00 Euro**, als **Bedarfsgemeinschaft aus zwei Personen von 1.870,00 Euro** und als Zuschlag für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft von **620,00 Euro**, grundsätzlich nicht überschreitet. Weiterhin können unter anderem in Abzug gebracht werden:

– eine Versicherungspauschale von 40,00 Euro, es sei denn, es werden höhere Beiträge nachgewiesen (Sozialversicherungen, vergleichbare Privatversicherungen, Sterbegeld, KFZ Versicherung – nur bei Schwerbehinderten – sowie Unfall-, Rechtschutz-,

Hausrat- und Privathaftpflichtversicherung), – eine Werbekostenpauschale von 100,00 Euro bei Einkommen aus unselbständiger Arbeit (je Person, auch bei geringfügigen Einkommen),

– aufgrund rechtlicher Verpflichtungen nachweislich gezahlte Unterhaltspflichten, gesetzliche Grundrenten, Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Reha, gesetzliches Pflegegeld eines Pflegebedürftigen, Elterngeld bis zu einer Höhe von 300,00 Euro monatlich, Blindengeld und Kindergeld

Abgestellt wird auf das dem Antragsteller monatlich zur Verfügung stehende Netto-Einkommen. Ein Nachweis der Mietkosten bis zu einem Betrag von 450,00 Euro ist nicht notwendig, berücksichtigt werden sie maximal bis zu einer Höhe von 800,00 Euro. Gleiches Prozedere gilt bei Wohneigentum in Form eines pauschalisierten Aufwendersatzes. Leben mehr als zwei Generationen in einem Haushalt können die Kosten der Unter-



kunft für jede weitere Generation um 360,00 Euro erhöht werden.

Die Stiftung sah es als Aufgabe und Verpflichtung das angesichts der erhöhten Lebenserhaltungskosten, besonders der Preissteigerung bei Gas, Strom und Heizung, auch eine spürbare Erhöhung der Stiftungsleistungen angezeigt war. Deshalb wurden u. a. folgende bereits zum 01.02.2023 in Kraft getretene Änderungen beschlossen:

- der bisherige Grundbetrag von 1.100,00 Euro pro Antragsteller wird auf 1.680,00 Euro erhöht, für weitere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft von 500,00 Euro auf 760,00 Euro, zuzüglich der bereits geltenden umfangreichen weiteren Zuschläge z. B. niedriges Einkommen, hohes Alter, Schwerbehinderungen etc.
- nach wie vor werden mit zunehmender Antragsanzahl die Beträge ab-

geschmolzen, aber bereits ab dem 8. Antrag endet die Reduzierung

- dies geht einher mit einer spürbaren Erhöhung der Mindestbeträge: vorrangig für selbst von Freiheitsentziehung Betroffene (weniger als 90 Tage) wird der Bewilligungsbetrag im Bedarfsfall auf mindestens 1.680,00 Euro angehoben (vorher 1.000,00 Euro), bei hinterbliebenen Kindern auf 840,00 Euro (zuletzt 500,00 Euro)

Angepasst wurden zudem auch die Unterstützungssummen für Hinterbliebene der in- oder aufgrund der Freiheitsentziehung verstorbenen politischen Häftlinge, die ohne Überprüfung der Einkommensrichtwerte unterstützt werden können. Hinterbliebene Ehegatten und Eltern erhalten nunmehr ebenfalls mindestens 1.680,00 Euro, hinterbliebene Kinder nicht weniger als 1.200,00 Euro. Seitens der Stiftung werden die sich durch die vorgenannten

Änderungen ergebenden Mehrausgaben für dieses Jahr auf rund 500.000 Euro bis 750.000 Euro beziffert. Der Großteil der Unterstützungsberechtigten kann sich gegenüber der Altregelung über einen zusätzlichen Betrag zwischen 200,00 Euro und 700,00 Euro freuen.

Der Stiftungsrat und der Vorstand betonen, dass es sich bei diesen Anpassungen um die umfangreichsten Verbesserungen des Leistungskatalogs in den letzten Jahren handelt, die ohne die geldgebenden und unterstützenden Bundesbehörden, vorrangig des Bundesministeriums der Justiz, nicht möglich gewesen wären.

Nähere Informationen und Anträge in der Geschäftsstelle und Telefon 030 55 15 28 58.

Elke Weise, Juristin  
BSV Förderverein für Beratungen i. L.

## Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Mit dem Inkrafttreten der Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung öffentlichen Rechts „Brandenburgische Gedenkstätten“ gehören die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam und die Gedenkstätte Lieberose-Jamlitz ab 30. Juni 2023 zur Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Als größte Einrichtung ihrer Art in Deutschland betreut die Stiftung nunmehr sieben Gedenkstätten, die sich an historischen Orten der NS-Verbrechen sowie von Unrecht und Gewalt in der Zeit der SBZ/DDR befinden, wobei die Gedenkstätten Sachsenhausen, Zuchthaus Brandenburg-Görden und Lieberose-Jamlitz mit beiden historischen Phasen verbunden sind.

Die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße befindet sich am historischen Ort des ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnisses der sowjetischen Militärsperionageabwehr. Im Sommer 1945 beschlagnahmte der sowjetische Geheim-

dienst das einstige Pfarrhaus und baute es zu einem Gefängnis um, das bis heute in beklemmender Authentizität erhalten ist. Bis zur Auflösung des KGB 1991 hielt er hier tausende Männer und Frauen fest. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt waren neben Sowjetbürgern auch viele Deutsche inhaftiert, ab 1955 ausschließlich sowjetische Militärangehörige und Zivilisten. Die Zahl der Häftlinge ist bis heute unbekannt.

Im Außenlager Lieberose des KZ Sachsenhausen in Jamlitz waren zwischen 1943 und 1945 rund 10.000 überwiegend jüdische Häftlinge inhaftiert, die unter mörderischen Bedingungen beim Aufbau des SS-Truppenübungsplatzes „Kurmark“ Zwangsarbeit leisten mussten. Arbeitsunfähige wurden nach Auschwitz deportiert.

Bei der Räumung des Lagers erschoss die SS Anfang Februar 1945 in einem zweitägigen Massaker mehr als 1.300 Häftlinge. 1945 richtete der sowjetische Geheimdienst NKWD in den Baracken das Speziallager Nr. 6 Jamlitz ein, in dem bis

1947 mehr als 10.000 Personen inhaftiert waren.

Seit 2003 befindet sich am historischen Ort eine Freiluft-Ausstellung zur Geschichte beider Lagerphasen. 2009 wurde in einer ehemaligen Kiesgrube in der Nachbargemeinde Schenkendöbern ein jüdischer Friedhof eingeweiht. Hier waren in den 1950er und 1970er Jahren die sterblichen Überreste von insgesamt rund 600 Opfern des Massakers vom Februar 1945 gefunden worden. Bei der Suche nach einem weiteren Massengrab konnte der Bereich der „Schonungsblocks“ als Tatort nachgewiesen werden. Hier wurde 2018 ein neuer Gedenkort angelegt.

Stiftung  
Brandenburgische Gedenkstätten  
16515 Oranienburg  
Heinrich-Grüber-Platz  
Tel.; +49 3301 810920  
Internet: [www.stiftung-sbg.de](http://www.stiftung-sbg.de)



## Erforschung der sowjetischen Nutzungsphase

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße erforscht die sowjetische Nutzungsphase und arbeitet an digitalem Haftbuch für diese Zeit. Mit dem nun gestarteten Projekt „Haftbuch des Gerichts- und Haftortes Lindenstraße 54/55. Eine Doku-

mentation der Schicksale inhaftierter Personen des sowjetischen Geheimdienstes (NKWD/MGB) für den Zeitraum von 1945 bis 1950“ beginnt ein neuer und tiefgehender Abschnitt der historischen Forschungsarbeit und Schicksalsklärung der

Gedenkstätte Lindenstraße. Der sowjetische Geheimdienst (NKWD/MGB) nutzte den Ort als zentrales Untersuchungsgefängnis für das Land Brandenburg, bis es im August 1952 dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Bezirksverwaltung



Potsdam, übergeben wurde. Für den Zeitraum der Nutzung durch die sowjetische Geheimpolizei sind weder zentrale Registraturunterlagen noch einstige sowjetische Geheimdienstunterlagen für die deutsche Forschung zugänglich. Die Informationen müssen daher aus unterschiedlichen Quellen in- und ausländischer Herkunft zusammengetragen werden.

Mit diesem Dokumentationsprojekt soll eine möglichst vollständige Erfassung aller zwischen Juli 1945 und Januar 1950 für den Haftort in der Potsdamer Lindenstraße zu ermittelnden Männern, Frauen und Jugendlicher unterschiedlicher Nationalität erreicht werden. Zentral ist dabei auch die Ermittlung von Todesurteilen. Diese Personendatenbank dient dann als Grundlage für ein öffentlich zugängliches digitales Haftbuch, das den Zeitraum

erfassen wird. Das Haftbuch wird Ende 2024 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Maria Schultz, Gedenkstättenleiterin: „Uns ist wichtig, mit dem Haftbuch dauerhaft einen wichtigen Beitrag für das Gedenken an die Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft und Verfolgung in der SBZ/DDR im Allgemeinen und in Potsdam im Besonderen zu ermöglichen. Aber auch nach dem Anteil der NS-Täter unter den Inhaftierten wird zu fragen sein. Ich freue mich über die große Unterstützung des Projekts und danke allen Mittelgebern und Kooperationspartnern.“

Das Projekt wird gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes

Brandenburg, der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“.

Im historischen Gerichtssaal im Vorderhaus des Gebäudekomplexes fanden zudem Verhandlungen Sowjetischer Militärtribunale (SMT) gegen Inhaftierte des Gefängnisses Lindenstraße statt. Diese Verhandlungen entbehrten jeglichen rechtsstaatlichen Verfahrens. Die Urteile hatten unverhältnismäßig lange Haftstrafen oder den Tod zur Folge.

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Lindenstraße 54, 14467 Potsdam

Tel.: +49 (0)331-971 89 005

E-Mail:

presse@gedenkstaette-lindenstrasse.de

www.gedenkstaette-lindenstrasse.de 

## Gedenken an die Widerstandsgruppe Weiße Rose

Im Cottbuser Menschenrechtszentrum wurde das Bundesverdienstkreuz von Traute Lafrenz erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Daran teilgenommen haben die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Dr. Manja Schüle (SPD), und der Vorsitzende des Vereins Cottbuser Menschenrechtszentrum e.V., Dieter Dombrowski.

Traute Lafrenz war die letzte Überlebende der im Nationalsozialismus aktiven Widerstandsgruppe Weiße Rose. Die Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus war unter anderem im Zuchthaus Cottbus inhaftiert. Zwischen Traute Lafrenz-Page und dem Verein Menschenrechtszentrum e. V. bestand eine enge Verbundenheit. Nach ihrem Tod am 06. März 2023 im Alter von 103 Jahren war es ihrer Familie ein Anliegen, das Bundesverdienstkreuz sowie die von der Jüdischen Gemeinde Hamburg an Lafrenz-Page verliehene Herbert Weichmann-Medaille dem Verein bzw. der Gedenkstätte zu übergeben. In einer Vitrine werden beide Ehrungen nun der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.


„Als Heldin begriff sich Traute Lafrenz nie – doch ihr Handeln war heldenhaft. Deshalb gedenken wir heute dieser mutigen Frau, die bei ihrem Einsatz gegen das NS-Terror-Regime ihr Leben aufs Spiel setzte und drei Monate im Zuchthaus Cottbus inhaftiert war“, sagte Kulturministerin Manja Schüle. „Bis zu ihrem Tod im März 2023 hatte sie eine besondere Beziehung

zu der heutigen Gedenkstätte. Ich freue mich sehr, dass der gemeinsam mit der Stadt Cottbus angedachte Demokratie-Campus ihren Namen erhalten soll“, so die Ministerin. Erst letzte Woche bekräftigte der Cottbuser Oberbürgermeister Tobias Schick (SPD), dass die Stadt eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des Campus' in Auftrag gegeben habe.

„Für das Menschenrechtszentrum ist es eine besondere Ehre, dass uns das Bundesverdienstkreuz als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt wurde. Es gehört zur DNA unseres Hauses, gegen jedwede Diktaturen einzutreten, egal ob von rechts oder links“, sagte der Vorsitzende des Vereins Cottbuser Menschenrechtszentrum e. V., Dieter Dombrowski. „Gerade in Zeiten, wo in Deutschland

rechte Umtriebe – sei es an Schulen oder in der Politik – wieder Auftrieb erhalten, ist es umso wichtiger, die jüngere deutsche Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen“.

Das von ehemaligen politischen DDR-Häftlingen im Jahr 2008 gegründete Cottbuser Menschenrechtszentrum widmet sich schwerpunktmäßig der Aufklärung und Forschung über diesen Haftort in der Zeit des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur sowie der politischen Bildungsarbeit.

Kulturministerin Manja Schüle begrüßte es „außerordentlich“, dass sich die Gedenkstätte auch intensiv mit der NS-Geschichte des Ortes befasst. Mit der Förderung von Bund und Land wird aktuell der NS-Teil der Dauerausstellung neugestaltet. 



(v.l.n.r.): Dieter Dombrowski, Dr. Manja Schüle, Heide Schinowsky.

Quelle: „Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.“

# Wie ist die Bundesregierung seit 1990 mit den Zwangsausgesiedelten umgegangen?

Als Grundlage für die Zwangsausiedlungen benutzte die SED nur eine Verordnung, die der DDR-Ministerrat am 26. Mai 1952 in genau dem Moment erließ, als Konrad Adenauer in Bonn den Deutschlandvertrag, der die Westintegration der BRD einleitete, unterzeichnet hatte.

Darin steht, dass das MfS strenge Maßnahmen treffen solle, um ein weiteres Eindringen von Diversanten, Schädlingen usw. in die DDR zu verhindern. Alle Maßnahmen sollten unter dem Gesichtspunkt erlassen werden, dass sie bei einer Verständigung über freie gesamtdeutsche Wahlen sofort aufgehoben werden

1990 war es so weit. Wie kaum eine andere Gruppe hofften die Zwangsausgesiedelten auf eine zügige und angemessene Wiedergutmachung. Im April gab es einen Kongress in Erfurt, der ein Riesen-Medienecho auslöste. Der gerade gegründete Bund der Zwangsausgesiedelten (BdZ e. V.) gab an, es seien 50.000 Menschen betroffen, die Zahl hatte ihm das BMJ als eigenes Recherche-Ergebnis genannt.

1991 warf ein Bonner Staatssekretär dem BdZ vor, mit falschen Zahlenangaben (50.000) die Rehabilitation zu verzögern und äußerte, es seien 7.000 gewesen. Die Bundesregierung war aber seit 1964 von 10.000 ausgegangen, fast richtig, es waren über 11.000 Personen.

Jeder Ostdeutsche wusste, dass die Zwangsausiedlungen gegen die damals geltende Verfassung verstießen, denn der betreffende Artikel „Freizügigkeit und Untastbarkeit der Wohnung“ wurde 1967 aufgehoben, unsere einzige Wahlmöglichkeit: JA oder NEIN. Aber was schrieb die Bundesregierung auf Wiedergutmachungsbegehren?: Die Zwangsausiedlungen seien auf rechtlicher Grundlage, nämlich der Ministerratsverordnung, erfolgt.

Denjenigen, die ihren geraubten Grund und Boden zurückhaben wollten, schrieb man, die Enteignung sei auf Grundlage des Verteidigungsgesetzes erfolgt – auch unzutreffend, denn unsere Häuser und Wohnungen wurden nicht umfunktioniert oder abgerissen, sondern anschließend wieder normal bewohnt.

1992 gab es in Halle eine Anhörung zum 1. SED-UnBerG. Ein Nachgeborener schilderte eindrucksvoll das Elend seiner Eltern. Ich erklärte, nicht 50.000 sondern max. 12.000 seien betroffen gewesen, was

sich als richtig erwies. Das Gesetz trat in Kraft, ohne uns zu berücksichtigen. 1994 haben die SPD und Ihre Partei Anhörungen zum 2. SED-UnBerG durchgeführt. Die Präsidenten von BdZ in Erfurt (heute ist das Marie-Luise Tröbs) und Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter (FVZ e. V.) mit Helmut Ebel in Schwerin und ich als unabhängige Sachverständige haben die Schwachpunkte im Entwurf aufgezählt. Geändert wurde nur eine Bestimmung, deren totale Unsinnigkeit man in der Eile damals übersehen hatte.

Und das Ergebnis bis heute? Bei höchstens 40 Betroffenen wurde ein Gesundheitsschaden anerkannt, kaum zu reden ist von beruflichen Schäden. Und Vermögen? Die SED hat in der Regel entschädigungslos enteignet. Die Zwangsausgesiedelten bilden hiervon die einzige Ausnahme. Dadurch kam es, dass ihnen der direkte Zugang zum VermG von 1990 verweigert wurde und sie erst nach Erhalt eines Rehabilitierungsbescheides Anträge beim Vermögensamt stellen konnten, also frühestens 1995. Daraus ergaben sich erhebliche Nachteile.

In den letzten Jahren wurden von Zwangsausgesiedelten wieder vermehrt Petitionen an den DBT gerichtet und sämtlich abgelehnt. Immer wurden Einschätzungen vom BMJ herangezogen. Dieses verweist aber ständig auf das 2. SED-UnBerG mit seinen „grandiosen“ Leistungen für Folgeschäden an Beruf, Gesundheit und Vermögen.

**Wir aber wollen, dass das eigentliche Unrecht**, die Zwangsausiedlungen aus dem Sperrgebiet, die Zwangsausiedlungen in Elendsbehausungen, die Restriktionen und die durch Geheimbefehle und Zeitungsartikel staatlich organisierten Schikanen (heute würde man sagen „Zersetzung“), gewürdigt werden.

Wir wollen auch, dass ehemalige Stützen des SED-Regimes nicht noch heute – wie in einer auf YouTube zu sehenden mdr-Dokumentation von Sven Stephan (Aktion Ungeziefer) – öffentlich sagen können: „Unschuldige hat es nicht getroffen“ und damit die Betroffenen nicht aus Scham ihr Schicksal – wie zu DDR-Zeiten – heute wieder verschweigen müssen.

Die UOKG und ich haben noch eine Petition unterwegs. Sie beginnt mit dem Statement einer Frau, die beides erlebt hat: 1945 Flucht aus Ostpreußen und

1961 Zwangsausiedlung aus Boizenburg/Elbe. Immer wieder hat sie mir gesagt: Die Flucht aus Ostpreußen sei nicht so schlimm gewesen wie das 1961. Dabei hatte sie auf der Flucht ihre Mutter und bis auf eine Handtasche allen Besitz verloren und landete am Ende mit schwerem Typhus in einer Scheune auf verschimmeltem Stroh. Unsere Petition liegt immer noch beim BMJ und ist nicht abschließend beschieden.


Letztes Jahr hatten wir dort ein Gespräch, meine Absicht war es, davon zu überzeugen, dass es eine angemessene Entschädigung geben muss. Am Ende fragte man uns ernsthaft, ob wir uns eine vorstellen können, die nichts kostet. Zum Glück saß Herr Dombrowski mir gegenüber, sah mich optimistisch an und sagte: „Wir werden es über den Bundestag machen“. Darauf ruht nun unsere ganze Hoffnung.

Aus aktuellem Anlass noch eine letzte Bemerkung: In Thüringen war kürzlich die Rede von 1.500 € als Entschädigungssumme. Das ist unangemessen in Bezug auf das komplexe und lang anhaltende Leiden der Zwangsausgesiedelten. Die Interessenvertreter von Aufarbeitungsinitiative Zwangsausiedlungen (AIZ, Inge Bennewitz), BdZ e. V. (Marie-Luise Tröbs), Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter S/A, (Ernst Otto Schönemann) und Opfer des Stalinismus Thüringen (OdS e. V., Elisabeth Freyer) lehnen dies als nicht angemessen ab. Es wäre die Fortsetzung der bisher verfehlten Bundespolitik.

Frau Inge Bennewitz hat diesen Vortrag am 09. Juni 2023 auf der Konferenz der Grünen Bundestagsfraktion im Workshop zum Thema „Rehabilitation“ von SED-Opfern gehalten.

Inge Bennewitz  
Vorstandsmitglied der UOKG

## Literatur

- Inge Bennewitz, Rainer Potratz: Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze: Analysen und Dokumente (Forschungen zur DDR-Geschichte), Ch. Links Verlag 2012, 320 Seiten, ISBN-13: 978-3861536802
- Inge Bennewitz: Zwangsausiedlungen von Familien aus dem Sperrgebiet der DDR an der innerdeutschen Grenze in das Hinterland der DDR 1952 und 1961. In Trauma & Gewalt / 2015 / 04 

# Gedenkfeier zum 17. Juni 1953 am Deutschen Eck in Koblenz

Sehr geehrte Bürgermeisterin Frau Mors, Frau Dr. Theis-Scholz, Dr. Andrea Hänger, geehrter Herr Oster, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Herr Langner, sehr geehrte Damen und Herren, auch in diesem Jahr treffen wir uns wieder hier zu einer Gedenkveranstaltung in Erinnerung an den Volksaufstand von 1953. Bereits im letzten Jahr hat die CDU in Kooperation mit den anwesenden Verbänden daraufhin gewiesen erneut eine würdevolle Gedenkfeier zum 70. Jahrestag durchzuführen, um das Bewusstsein für die Wichtigkeit dieser Thematik weiter aufrechtzuerhalten. Vielen Dank.

Vor 70 Jahren gingen die DDR-Bürger für mehr Demokratie und ein besseres Leben auf die Straße. Im Keim erstickt wurden die Proteste damals von sowjetischen Panzern. Gegenwärtig scheint der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 im kollektiven Gedächtnis immer mehr in Vergessenheit zu geraten, insbesondere unter jüngeren Menschen, obwohl in Westdeutschland 37 Jahre lang dem 17. Juni in Form eines gesetzlichen Feiertags gedacht wurde.

Das Schwinden von Geschichtskennnissen selbst zur jüngeren deutschen Vergangenheit sowie die völlig unzureichende Bewusstmachung des Unrechtscharakters der kommunistischen Diktatur in der DDR, muss auch von Regierungsseite endlich beachtet werden. Am Beispiel des 17. Juni 1953, der sich heute zum 70. Mal jährt, freue ich mich über ihre zahlreiche Teilnahme. Leider finden in Rheinland-Pfalz anlässlich des 70. Jahrestages keine gemeinsamen Veranstaltungen von Landesregierung und Verbänden wie der Initiative für Gerechtigkeit von SED-Opfern statt.

Es ist mir durchaus bewusst, dass das Interesse in den neuen Bundesländern ein Größeres ist als in den alten Bundesländern. Auch durch die derzeitige Situation hinsichtlich des Ukrainekrieges, Wirtschaftslage und Verteuerung der Lebenshaltungskosten gerät vieles in den Hintergrund. Genau deswegen ist angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine die Thematik wichtiger denn je. Wir müssen uns der Frage stellen, was Freiheit für unsere Gesellschaft bedeutet und was wir bereit sind, für diese zu geben.

Ich als Regionalbeauftragte der UOKG für Rheinland-Pfalz würde mir wünschen, dass der antitotalitäre Konsens für alle politischen Akteure in Deutschland eine

Selbstverständlichkeit ist und neben der braunen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945 auch den roten Unrechtsstaat in den Jahrzehnten bis 1989 mehr Beachtung findet.

Eine Einladung nach Berlin zu Gedenkveranstaltungen an verschiedenen Gedenkstätten an denen bekannte Persönlichkeiten aus Politik und des öffentlichen Lebens teilnehmen habe ich nicht angenommen. Ich lebe seit mehr als 38 Jahren in Koblenz, was mein zu Hause geworden ist. Mein Fokus und mein Engagement im Rahmen meiner Tätigkeiten liegt hier. In Jena meiner Heimatstadt finden ebenso Gedenkfeierlichkeiten statt, auch zum Gedenken von Alfred Diener, der nur zwei Tage vor seiner Hochzeit am 18.06.1953 hingerichtet wurde, nur EINER von mehr als 55 zum Tode verurteilten die an dem Aufstand teilnahmen.

Am Morgen des 17. Juni 1953 setzen sich in Jena beinahe gleichzeitig die Demonstrationen unter anderen der großen Firmen Zeiss, Schott und Jenapharm in Richtung Holzmarkt in Bewegung. Unterwegs werden die Gebäude verhasster politischer Organisationen attackiert oder erstürmt, so der Nationalen Front, des FDGB, der FDJ, des MfS und die Untersuchungshaftanstalt.

Bald haben sich etwa 20.000 Demonstranten auf dem Holzmarkt eingefunden. Alfred Diener ist dabei, als gegen 10.00 Uhr Delegierte der Kohlearbeiter in die SED-Kreisleitung eindringen und dem ersten Sekretär die Forderungen der Demonstranten vortragen. Alfred Diener fordert den Funktionär auf, sich am offenen Fenster zu zeigen und vor den versammelten Massen Rechenschaft abzulegen. Inzwischen sind draußen sowjetische LKWs vorgefahren, gegen 14.00 Uhr wird Diener von den Besatzungstruppen verhaftet. Alfred Diener wird am Morgen des 18. Juni durch ein sowjetisches Militärtribunal zum Tode verurteilt. Wie und wo genau Diener hingerichtet wurde, was mit dem Leichnam geschah, ist bis heute ungeklärt.

Nachdem die Moskauer Führung beschlossen hatte, den Ausnahmezustand zu verhängen und die Menschenmassen mit allen Mitteln zu zerstreuen, wurden Abschreckungsmaßnahmen angeordnet, nämlich die „Rädelsführer“ zu verhaften und standrechtliche Erschießungen vorzunehmen. Diener ist einer Derjenigen. Nach

dem 18. Juni scheint es, als habe es einen Alfred Diener in Jena nie gegeben: Kein Hinweis auf seinen Namen in der Kreismeldekartei, keine Sterbeurkunde, kein Grab. 1995 erklärt der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation das Urteil in allen Teilen für null und nichtig, Alfred Diener wird rehabilitiert.


Die vor 70 Jahren von mutigen Patrioten entzündete Flamme der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands ist danach nie ganz erloschen und entfaltete 36 Jahre später, nämlich am 09. November 1989 mit dem Zusammenbruch der Berliner Mauer endlich ihre volle Strahlkraft. Hunderttausende politische Häftlinge in den DDR-Haftanstalten, die Republikflüchtlinge und Ausreisearbeitgeber sowie letztendlich die Demonstranten der Friedlichen Revolution von 1989 auf den Straßen von Leipzig, Dresden, Berlin, Plauen und anderswo haben durch **ihren mutigen Kampf gegen die Unfreiheit den Weg zur Wiedervereinigung** unseres Vaterlandes geebnet.

Als Vertreterin der UOKG fühle ich mich angesichts dieses historischen Gedenktages berufen, an die führenden Repräsentanten und Politiker unseres Landes zu appellieren diesen herausragenden Tag der Deutschen Geschichte gemeinsam mit den noch lebenden Opfern des SED-Regimes in Würde und Dankbarkeit öffentlich zu begehen.

Am 27. Januar wird jedes Jahr an die Befreiung Dachaus gedacht, in erster Linie wird der Tag aber begangen als allgemeiner Gedenktag für alle NS-Opfer. Ein deutschlandweit von den Behörden begangener einheitlicher Gedenktag für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft könnte der 17. Juni sein. Das würde allen noch lebenden Opfern zu Gute kommen. Es ist bisher nicht der generelle "DDR-Opfergedenktag". Einen allgemeinen Gedenktag für alle SBZ-DDR-Opfer wäre wünschenswert. Der 17. Juni ist ein perfektes Datum, jedoch muss hier ein politischer Wille vorhanden sein. Ohne einen solchen Gedenktag, abgestimmt mit Regierung und Bundespräsidenten, sehe ich hier in RLP keine großen Chancen, in Zukunft regelmäßig jährliche Gedenkveranstaltungen, an den Verwaltungen gehalten sind, durchzuführen.

Vielen Dank!

Elke Schlegel, Regionalbeauftragte  
der UOKG Rheinland-Pfalz

Die Ausstellung „17. Juni kompakt“ ist weiterhin im Rathaus von Koblenz zu besichtigen. 

## Problem ist der Anspruch und die Wirklichkeit...

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Katrin Göring-Eckardt hat sich am Montag, den 10. Juli 2023 mit Vertretern des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ ausgetauscht. Der Besuch am Mahnmal vor dem ehemaligen Kindergefängnis war der Auftakt einer Tour quer durch Ostdeutschland zum Thema Demokratie der Vizepräsidentin. Begleitet wurde Göring-Eckardt von Angela Marquart (SPD) vom Betroffenenrat bei der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Auch Cornelia Kurtz, Beraterin bei der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und ehemalige Insassin von Bad Freienwalde, war mit vor Ort. Neben dem Gedenken an die Opfer wurde auch die Aufarbeitung nach 1990 sowie der Umgang mit dem Mahnmal angesprochen. Bei dem über zweistündigem Gespräch waren sich alle Beteiligten einig, dass die weitere Aufarbeitung zur DDR-Zeit immer noch nötig ist.

„Wir stoßen gerade in Bad Freienwalde immer noch auf Vorurteile. Es scheint so, als ob die Stadt ihre dunklen Flecke in der Vergangenheit ausblenden möchte“, berichtete Roland Herrmann, Vorsitzender des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“. Er und seine Vereinsmitglieder suchen auch gerne das Gespräch, insbesondere mit Jugendlichen. „Aus Bad Freienwalde

haben wir jedoch noch nie eine Anfrage erhalten“, so der Vereinsvorsitzende. Er bedauerte, dass die Atmosphäre in der Stadt regelrecht „vergiftet“ sei. Erst im Januar dieses Jahres wurde das Gedenken am Mahnmal in Bad Freienwalde bei einem Besuch der Brandenburger Bundestagsabgeordneten Annalena Baerbock durch rechtspopulistische Demonstranten gestört. Katrin Göring-Eckardt begrüßte die Arbeit des Vereins: „Ihre wichtige Erinnerungsarbeit mahnt uns, demokratiefeindlichen Bestrebungen auch heute klar entgegen zu treten“, sagte die Vizepräsidentin.

„Es war ein guter und wichtiger Austausch...“, resümierte Herrmann den Besuch und das Gedenken. Der Vorsitzende fand aber auch klare Worte: **„Ein Problem ist der Anspruch und die Wirklichkeit.“** Es gab im Jahr 1992 eine Ehrenerklärung des Deutschen Bundestages. Damals hat der Bundestag eine Würdigung des Schicksals der Menschen beschlossen, denen durch die DDR-Diktatur Unrecht geschehen ist. Es hat fast 30 Jahre gedauert, bis wir endlich für unser Unrecht rehabilitiert worden sind. Hätten wir nicht vor 10 Jahre selber einen Opferverband gegründet, stünden wir heute immer noch vor dem Nichts. Trotz der Sonntagsreden aus der Politik wurden wir von Gerichten und der Verwaltung lange Zeit blockiert und hingehalten. Das sorgt nicht nur für

Frust und Resignation, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die Demokratie“.

Im Anschluss traf sich der Verein am Donnerstag, den 13. Juli, auch mit der Bundestagsabgeordneten Simona Koß (SPD) in Müncheberg um sich die Situation in Bad Freienwalde zu erörtern. „Wir sind immer für Gespräche offen. Unsere unsagbaren Erfahrungen mahnen uns, dass sich so etwas niemals wiederholen darf.“, sagte Herrmann.

Das frühere Gefängnis in Bad Freienwalde wurde 1968 der Jugendhilfe Frankfurt (Oder) zur Nutzung übergeben. Die DDR-Jugendhilfe machte es ohne Umbau zum Durchgangsheim. Darin sollten Kinder und Jugendliche, die auf einen Heimplatz warteten, für maximal 18 Tage untergebracht werden. Diese Maximaldauer wurde jedoch nur selten eingehalten. Das jüngste eingesperrte Kind war 3 Jahre alt. Nach Umbaumaßnahmen wird das Gebäude seit 2017 als Polizeirevier genutzt. Seit 2017 gibt es ein Mahnmal vor dem ehemaligen Kindergefängnis in Bad Freienwalde. Der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ widmet sich seit 2010 der Aufklärung. Mittlerweile sind fast alle ehemaligen Insassen rehabilitiert worden.

Foto und Text  
Roland Herrmann



Gedenkstele in Bad Freienwalde vor dem ehemaligen Gebäude „Kindergefängnis Bad Freienwalde“. Das frühere Gefängnis in Bad Freienwalde wurde 1968 der Jugendhilfe Frankfurt (Oder) zur Nutzung übergeben. Nach Umbaumaßnahmen wird das Gebäude seit 2017 als Polizeirevier genutzt.

# Obwohl vordergründig kein politisch aktiver Mensch...

Der Schweizer Fotograf und Reporter Heinz Fröhlich (1933–2022)

Seine ersten Lebensjahre verbrachte Heinz Fröhlich im schlesischen Rosenig (heute Rogoźnik), in dem er am 27. September 1933 als Nachkomme von Schweizer Einwanderern geboren wurde. Das Ende des Zweiten Weltkriegs war mit dem Verlust der Heimat, der Flucht vor der Roten Armee, der Konfrontation mit den Kriegszerstörungen von Städten und der Begegnung mit Verletzten, psychisch Traumatisierten und Toten verbunden, wie er später schilderte. Es ist möglich, dass diese Erfahrungen zu seiner Affinität für Katastrophen, Zerstörungen und dramatische Ereignisse beigetragen haben, die er über Jahrzehnte mit seiner Kamera einzufangen suchte (1).

## Flucht

Die Fluchtroute aus Schlesien führte seine Mutter und ihn in ein bayerisches Flüchtlingslager, in dem er drei Jahre verbringen sollte. Im oberpfälzischen Cham absolvierte er eine Ausbildung als Schriftsetzer. Nach seinem Lehrabschluss bildeten Innsbruck und Graz seine nächsten Stationen, wo Fröhlich als Typograf arbeitete. In Österreich lernte er seine Frau Edith Joller kennen, mit der er eine Familie gründete und ohne deren Unterstützung sein späteres Wirken kaum möglich gewesen wäre. Das Telefongespräch mit einem Mitglied des Stadtrats von Brugg im Schweizer Kanton Aargau sollte 1954 für das spätere Leben von Fröhlich und seiner Frau zu einem Wendepunkt werden. Es boten sich berufliche Chancen und sie beschlossen, in die Schweiz zu migrieren. Zunächst als Schriftsetzer in Brugg beschäftigt, gelang es ihm 1958 sein Hobby Fotografie zum Beruf zu machen. Obwohl ohne journalistische Ausbildung, wurde er für verschiedene regionale aargauische Tageszeitungen wie „Aargauer Tagblatt“, „Aargauer Zeitung“, „Aargauer Kurier“ sowie „Kolorit“ tätig (2). Das Schreiben für Zeitungen brachte er sich selbst bei. Dennoch sah er sich selbst nicht als Journalist, sondern bezeichnete sich als «Fotoreporter», denn der Schwerpunkt seiner Arbeit lag auf einer ausdrucksstarken Bildersprache. Seine Tätigkeit richtete sich an ein breites Publikum, tiefergehende Analysen zum Zeitgeschehen interessierten ihn wenig. Obwohl er eine deutliche Sujets bevorzugte, lagen ihm Skandalisierungen fern (3). Im Zentrum seiner Arbeit standen kleinere und größere regionale und überregionale Ereignisse, wie politische Ereignisse und



Menschen halten auf dem Wenzelsplatz Fotos von Alexander Dubček, Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunisten von 1968 bis 1969, hoch. Dubček war 1968 der mächtigste Politiker der Tschechoslowakei und wurde die Leitfigur des Prager Frühlings. Zuvor hatte Dubček bereits die Funktion des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei der Slowakei inne (1963–1968). Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings musste er die Politik verlassen. 1989 schloss er sich jedoch der antikommunistischen Opposition an und wurde gemeinsam mit dem Tschechen Václav Havel eine der Hauptfiguren der Samtenen Revolution. Am 28. Dezember 1989 wurde er zum Parlamentspräsidenten des tschechoslowakischen Parlaments gewählt.

Sport. Jedoch machten ihn später besonders seine Bilder und Texte zu Kriminalität, Unfällen und Unglücken wie Flugzeugabstürzen, Zugentgleisungen, Brände oder Explosionen im Aargau als «Rasenden Reporter» bekannt. Von diesen Geschehnissen erfuhr Heinz Fröhlich unter anderem durch das Abhören des Polizeifunks, was ihn in Konflikt mit der Justiz bringen sollte. Fröhlich verfügte mit dieser Methode und seinen Kontakten zur Polizei und Militär über ein Monopol, wie es in der heutigen Ära des Online-Journalismus nicht mehr denkbar wäre. In einer Zeit, in der sich Informationen oft nur allmählich verbreiteten und mit niedriger Geschwindigkeit übertragen werden konnten, war er oft als erster zeitnah mit seiner Spiegelreflexkamera am Ort des Geschehens und konnte den Hunger der Presse-Redaktionen nach Bildern und Texten befriedigen. Abseits des publizistischen Tagesgeschäfts dokumentierte er mit seiner Arbeit als Fotograf gerne lokale Themen, etwa Brauchtum, Einweihungen, Anlässe, Feste, Alltägliches und Gruppen wie die Jenischen in den Dörfern und Städten des Kantons Aargau der 1960er- bis 1990er-Jahre (4).

## Fotoreportagen

Seine Fotoreportagen zum Sechstagekrieg 1967, zum sowjetischen Einmarsch

in die ČSSR 1968 sowie zum Papstbesuch in Deutschland 1980 erreichten überregionale Bekanntheit (5). Obwohl vordergründig kein politisch aktiver Mensch, bewegten doch insbesondere die Ereignis- >>



Menschen hören gemeinsam Nachrichten in den Straßen von Prag, um die Ereignisse zu verfolgen



Das Auto von Heinz Fröhlich vor sowjetischen Panzern im August 1968 in den Straßen von Prag



Ein Mann musiziert auf dem Wenzel in Prag



Schaulustige an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze, die Flüchtende erwarten und auf neueste Nachrichten hoffen.

nisse um die Demokratisierungs- und Liberalisierungsversuche in der Tschechoslowakei und der spätere Einmarsch der sowjetischen Truppen 1968 auch ihn. Seine eigenen Kriegserlebnisse mochten den Plan begünstigt haben, in die tschechoslowakische Hauptstadt zu fahren, um die Geschehnisse für das Schweizer Publikum hautnah zu dokumentieren. Dabei entstanden im August 1968 seine bekannten Bilder, die sein Auto mit Aargauer Kennzeichen vor einem Panzer des sowjetischen Militärs zeigen oder Prager Straßenszenen vor dem Hintergrund der bedrohlichen Lage zeigen. Später sah er diese Aktion kritisch, zumal sowjetische Militär-angehörige ihm die Kamera wegnehmen wollten und er sich zeitweise verstecken musste (6).

### Chronist

Mit dem 50. Jahrestags der Niederschlagung des Prager Frühlings wuchs seit 2018 wieder das Interesse an seiner Arbeit als Chronist der damaligen Geschehnisse. Es entstanden Zeitungsartikel, Fernseh- und Online-Beiträge, die sich mit seiner Reise nach Prag beschäftigten. Aber auch als Chronist des Schweizer Kantons Aargau rückte seine Arbeit in das Blickfeld von Forschenden und historisch Interessierten (7). 2017 und 2019 übergab er seinen Nachlass, bestehend aus Bilddokumenten und Presseartikeln, dem Staatsarchiv Aargau und damit steht dieser der Öffentlichkeit zur Verfügung. Am 01. Januar 2022 ist Heinz Fröhlich im schweizerischen Schinznach-Dorf verstorben.

Daniel Schwane  
Ressortleiter Sammlungen und Bestände, Bibliothek  
und Archiv Aargau

### Fotos

© Archiv Aargau, Signatur StAAG-AG63\_NL\_Heinz\_Froehlich

### Quellen

1. Widmer, Hans-Peter: Die rasende Reporterlegende «hf», in: Rundschau Nord Nr. 3, 20.01.2022, S. 13.
2. Eintrag zu Heinz Fröhlich: <https://de.foto-ch.ch/inventory?detail=31339&type=photographer> (09.07.2023).
3. Meier, Claudia: Als Rasender Reporter war er ein Unikat, in: Aargauer Zeitung, 06.01.2022, S. 24.
4. Eintrag zu Heinz Fröhlich: <https://de.foto-ch.ch/inventory?detail=31339&type=photographer> (09.07.2023).
5. Ebd.
6. Beitrag von Remigius Bütler: <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/ende-des-prager-fruehlings-ich-war-jung-und-wollte-zuvorderst-dabei-sein>, 21.08.2018 (09.07.2023).
7. Beitrag von Remigius Bütler: <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/ende-des-prager-fruehlings-ich-war-jung-und-wollte-zuvorderst-dabei-sein>, 21.08.2018 (09.07.2023), Zeitgeschichte Aargau: 1950-2000. Herausgegeben von der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau, Zürich 2021, S. 231.

## Die Montags-Friedensgebete von Leipzig-Probstheida

Als die evangelische Jugend von Leipzig-Probstheida, deren Jugenddiakon ich war, im November 1982 das Montags-Friedensgebet als Dauereinrichtung ins Leben rief, konnte keiner auch nur ansatzweise ahnen, dass daraus sieben Jahre später die Friedliche Revolution erwachsen würde. Wir hatten nicht vor, das SED-Regime zu stürzen, dennoch war das der Anfang vom Ende des SED-Kommunismus auf deutschem Boden! Heute werde ich das Gefühl nicht los, dass sich gerade jetzt die alten & neuen Vertreter der Neid-Debatte „Böser Kapitalismus – Guter Kommunismus“ bemüßigt fühlen, alle rotbeschilderten Register zu ziehen. Wittern sie – wie immer in der Not der Menschen – Morgenluft? Der sogenannte Kommunismus war und ist nichts anderes als ungebremster Staats-Kapitalismus, bei dem sich eine Clique linksradikaler Parteifunktionäre auf Kosten des Volkes bereichert! Denn das sogenannte Volkseigentum in der – Gott sei Dank – untergegangenen DDR gehörte nicht dem Volk, sondern einer Horde Moral-Elite-Kommunisten – den SED-Führungskadern. Schafften sich diese Parteibonzen „ihr Eigentum“ nach der Friedlichen Revolution 1989 für private Zwecke, hauptsächlich aber für gewisse Vereine & Stiftungen in die Schweiz?

Einunddreißig Jahre nach der Friedlichen Revolution und Wende 1989 finden sich nun immer mehr Leute, die sich Idee und Gründung des Leipziger Montags-Friedensgebetes als Dauereinrichtung auf die eigene Fahne schreiben. Es war wohl ein Fehler, dass ich mich um des lieben Friedens willen viele Jahre in Zurückhaltung geübt habe und aus dem zeitlichen und geografischen Abstand heraus diese merkwürdige Entwicklung nur beobachtete. Mein Lebensmittelpunkt liegt nämlich seit zweiundzwanzig Jahren im schönen Oberbayern am Stadtrand von München. Weil jetzt aber zu befürchten ist, dass sich auch die früheren Stasi-Funktionäre zu „Gründern und Initiatoren des Montags-Friedensgebetes“ aufschwingen, bleibt mir letztendlich keine andere Wahl, als authentisch darzustellen, wie, weshalb und warum diese anfangs zahlenmäßig kleine Veranstaltung mit den großen Folgen tatsächlich entstand. Die vorangestellte fabelhafte Geschichte vom Adler wurde in den Leipziger Montags-Friedensgebeten mehr als einmal gelesen oder besser zelebriert. Ich fragte mich seinerzeit, warum diese Geschichte vom Huhn, der als Adler geboren, aber zum Huhn erzogen wurde,

am Ende aber wieder zum Adler wird, bei den Besuchern der Friedensgebete so gut ankam? Warum waren die Menschen von dieser Geschichte offensichtlich zutiefst betroffen? Dieses Feedback erhielt ich jedenfalls von sehr vielen Friedensgebets-Besuchern. Die Antwort liegt auf der Hand: Die vom SED-Regime hinter Mauern eingesperrte DDR-Bevölkerung entdeckte sich in dieser Adler-Geschichte wieder. Und so mancher Friedensbewegte wurde sich plötzlich seiner wirklichen Fähigkeiten bewusst. Wenn man den Menschen jahrzehntelang eintrichtert, ein „Huhn“ zu sein und gefälligt ihr Leben auch als Huhn zu fristen, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie ihr Selbstbewusstsein und damit auch jegliches Selbstwertgefühl verlieren. So kam auch den Menschen im „Hühnerhofes DDR“ jeder Bezug zur Realität abhanden.

Jede Diktatur lebt von der Entmenschlichung ihrer Bevölkerung: Das war bei Stalin so, das war bei Hitler so und ebenso bei Ulbricht und Honecker! Den Untertanen muss das eigenständige Denken aberzogen werden, denn nur willenlose Erfüllungsgehilfen bleiben der allmächtigen und vormundschaftlichen SED-Obrigkeit treu ergeben. Warum hatte die DDR-Staatsführung so große Angst vor den Christen im Land? Warum hatten die Kommunisten (auch heute noch) solch große Angst vor diesen mehrere tausend Jahre alten Texten der Bibel, dass sie das „Buch der Bücher“ immer wieder als rückständig, mittelalterlich und wirklichkeitsfern verunglimpfen mussten? Wenn die Bibel tatsächlich so ein unwissenschaftlich-gestriges Märchenbuch ist, warum hatten die SED-Ideologen dann solch großen Horror vor den Christen? Ahnten sie vielleicht, dass in dieser Bibel eine lebendige Kraft steckt, die ihr vormundschaftliches System wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen lassen wird? Wir Christen haben immer wieder erfahren dürfen: Die Bibel kann wahrhaftig menschenverachtenden Systemen jegliche Grundlage entziehen. Auch heute! Und auch morgen noch!

Der Volksmund spricht zuweilen Erfahrungsweisheiten aus, die sich in der Realität oft als zutreffend erweisen. So auch diese: „Wenn der christliche Glaube aus dem Haus geworfen wird, kommt er als Aberglaube zur Hintertür wieder herein!“ Karl Marx, der Begründer der Marxistisch-Leninistischen Ideologie, die von

den meisten Menschen in der DDR als Ersatzreligion empfunden wurde, konstatiert die Unvereinbarkeit seiner „wissenschaftlichen Lehre“ mit dem Glauben der Christen und den Religionen überhaupt. In einer seiner Schriften führt Karl Marx die Existenz von Religionen auf die politischen Zustände in der Gesellschaft zurück und resümiert: „Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen [...] Religion ist (also) Opium des Volkes.“ Dagegen faszinieren mich immer wieder die Aussagen solch herausragender Wissenschaftler wie die von Albert Einstein „Je mehr ich weiß, desto mehr weiß ich, dass ich nichts weiß“, oder die des Nobelpreisträgers Werner Heisenberg, der Gott nicht beweisen will, sondern seinem Gespür folgt und uns die Existenz Gottes greifbar nahebringt: „Der erste Schluck aus dem Becher der Naturwissenschaft macht atheistisch, aber auf dem Grunde des Bechers wartet Gott!“

Ich habe damals mit Dankbarkeit eine evangelische Kirchenleitung erlebt, die sich einer von den kommunistischen Behörden erwarteten Staatsnähe entschieden verweigerte. Aber nicht nur das, sie standen auch auf der Seite von andersdenkenden Menschen mit eigener Meinung und gaben ihnen damit den nötigen Rückhalt. Leider muss ich das heute in der verfassten evangelischen Kirche vermissen, deren Kirchenleitung sich offensichtlich in hochnotpeinlicher Staatsnähe wohler fühlt? Ich erwarte eigentlich von (m)einer Kirchenleitung, dass sie sich hinter Menschen mit eigener Meinung stellt und offene Augen und Ohren für Andersdenkende hat, anstatt sich zum Gürtel fremder Hosen(anzüge) zu machen! Deutlich kritische Worte muss eine Kirchenleitung gegenüber einer Bundesregierung finden, die modernste Waffen (Hightech-Panzer) in kriegsführende Länder, wie z.B. Türkei, Saudi-Arabien und Katar liefert und damit die kriegerischen Auseinandersetzungen noch anheizt. Aber vielleicht verlange ich zu viel von den Kirchenoberen? „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!“, sagt ein alter Spruch, der heute nach wie vor Geltung hat.

Die Kirche in der DDR (in der Verfolgungssituation) bekam vom SED-Staat keinen Cent und war deshalb arm wie eine Kirchenmaus, aber authentisch und deshalb glaubwürdig! Ihre Mitarbeiter waren zu meist sehr vertrauenswürdige Vertreter Gottes auf Erden und verkündigten nicht nur die Botschaft von der Liebe Gottes



zu ALLEN Menschen, sondern sie lebten und handelten auch selbst danach! Deshalb plädiere ich heute für eine Kirche, die kein Geld vom Staat annimmt und auch die Kirchensteuer nicht mehr vom Staat einziehen lässt, sondern sich selbst aus Spenden und Kirchgeld oder einem Gemeindebeitrag finanziert. Damit wird sie unabhängig von staatlicher Ideologie und Politik. Dann wird der Kirchenapparat zwar kleiner und bescheidener, aber man kann in den christlichen Kirchen wieder Jesus Christus erkennen. Wenn die Kirche „gesundschumpft“ und sich auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeworfen

sieht, kann das nur gut sein. Und auch Kirchenfunktionäre werden von unausgesprochenen Zwängen befreit und können sich endlich wieder erlauben, die Bundesregierung zu kritisieren, wenn die zu tätlichen Angriffen von verhetzten Antifa-Jugendlichen gegen Menschen mit eigener Meinung (wohlwollend?) schweigt! Albert Einstein ist auch hier und heute sehr klar und treffend: „Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.“ Und Jesus Christus ermutigt uns auf seine Weise: „Selig sind, die um Gerechtigkeit willen verfolgt werden,

denn das Himmelreich ist ihr. Selig seid ihr, wenn euch die Menschen um meinetwillen schmähen und verfolgen und reden allerlei Übles wider euch, so sie daran lägen!“ (Matthäus 5, 10 + 11)

Auszug aus „Als das Rote Meer grüne Welle hatte“ (Seiten 15–18 und 61–63)

.....  
*Günter Johannsen: Als das Rote Meer Grüne Welle hatte – von der Nikolaikirche in die Freiheit, Hess-Verlag 2021, 180 Seiten, ISBN: 978-3873367159*  
 .....

## Er musste durchhalten...

Nach drei Stunden hielt der Lastwagen mit den jugendlichen Gefangenen im Lager Ketschendorf. Doch wie groß war der Schreck, als die Tür des Jungenhauses Nr. 3 geöffnet wurde. Bereits in den Treppenaufgängen drängten sich Halbwüchsige, die dicht an dicht standen, saßen und manchmal wie Igel zusammengerollt lagen. Mobiliar gab es im ganzen Haus nicht, abgesehen von drei dreifach gestapelte Holzpritschen, ohne Auflagen und Decken im Keller. Was blieb waren kalte Betonböden, harte Dielen, Stufen und Schwellen.

An einen Schlafplatz, an dem man sich ausstrecken oder sich gar ohne das Bedrängen eines Fremden nachts drehen konnte, war überhaupt nicht zu denken. Helmuth Harder hatte schon Glück auf einer Betonstufe zum Keller einen Platz zu finden. Hier konnte er, wenn auch hart, wenigstens sitzen und manchmal die Füße ausstrecken.

Als am nächsten Morgen die Gefangenen zum Zählappell antraten, wurde das Ausmaß der Belegung bekannt. Es waren 853 Insassen, die in acht Wohnungen, den Fluren, Kellern und Treppen leben mussten. 853 Leben eingepfercht in ein einziges Haus, einst gebaut für acht Familien mit Vätern und Müttern und Kindern.

Wer keinen Mantel oder eine Jacke hatte, lag oder saß sich bald die Beckenknochen durch. Die Schmerzen wurden dann unerträglich. Jeder Stofffetzen war deshalb begehrt, gegen die harten Böden und gegen die Kälte. Am besten aus Wolle. Davon hinterließen die Gestorbenen nicht wenig, aber lange nicht genug. Ihre Pullover wurden aufgetrennt und die Wolle verarbeitet. Auch Helmuths Freund Wolf

beteiligte sich daran. Er hatte ein Stück Kupferkabel zur Nähadel geformt, die Spitze am Betonboden angeschliffen und ein Nadelöhr in den Draht getrieben. So konnte er mit Wollfäden Fetzen von Stoffen zusammennähen oder gar Socken stopfen. Und er schaffte es einen langen Riss in Helmuths Jackenärmel zu reparieren. Allerdings musste er dafür auf den Tod eines kranken Jungen warten, dessen Socken das begehrte Material lieferten.

Gestorben wurde in Ketschendorf viel. Helmuth Harder sah täglich das Leichenkommando. Es waren vier Gefangene mit einem hölzernen Karren. Die Leichen wurden in ein kleines Wäldchen hinter das Lager gebracht. Dort waren große Erdlöcher ausgehoben. Von einem Friedhof kann nicht die Rede sein, dachte Helmuth. Die Männer des Leichenkommandos legten die Toten in den Gräbern übereinander. So passten zwei Dutzend Leichen in jedes der Erdlöcher. Alte und Junge, Große und Kleine, Schuldige und Unschuldige. Dem Tod war das egal.

Vom Verlauf des Krieges erfuhren die Jungen im Haus Nr. 3 nichts. Auch wenn Gerüchte aufkamen, die beweisen wollten, dass der Russe die Schlacht um Berlin verlieren würde. Aber so richtig konnte keiner daran glauben. Lange hielten sich die Gerüchte nicht. Denn es gab auch andere Nachrichten und mit ihnen wich die Hoffnung.

Anfang Mai sickerte im Lager durch, dass der Führer mit der Waffe in der Hand gefallen sei. Die Nachricht war ein Schock. Gerade junge Gefangene heulten und schrien und ließen sich nicht mehr beruhigen. Selbstmorde folgten, auch im Haus Nr. 3. Zumeist hingen sich die Jungen

mit ihren in Streifen gerissenen Hemden an den Fensterkreuzen auf. Das Sterben schaffte für die verbleibenden Insassen Linderung. In den Häusern wurde Platz. Nicht für einen Strohsack oder gar eine weitere Pritsche, aber für das abwechselnde Ausstrecken ausgemergelter Körper. Und sei es auf dem blanken Beton.

Anfang Mai zählte Helmuth Harder vierundsechzig Verstorbene im Haus Nr. 3. Der Jüngste war zwölf. Beim Appell blieben von den 853 Jungen nur noch 789 übrig. Mit dem Ende des Krieges ging das Sterben in Ketschendorf weiter. Menschenleben, das lernte hier jeder schnell, zählten auch im Frieden nicht. Im Lager, das einst für fünfhundert Häftlinge umgebaut wurde, drängten sich noch immer bis zu zehntausend Inhaftierte.

Der Lageralltag wurde mit dem Ausziehen und Abtransport der Toten verbracht. Oder dem Warten. Immer wurde gewartet. Entweder in den unendlichen Zählappellen, die über Stunden gingen. Oder in den Häusern, in denen der einzige Zeitvertreib das gegenseitige Absuchen nach Läusen und Wanzen war. Nur selten gab es Freigang. Dann drehten die Häftlinge im Lagerhof ihre Runden. Helmuth mochte das. Während er sich in der Einzelzelle in Grünberg nach Menschen gesehnt hatte, hoffte er jetzt allein zu sein. Endlich einmal allein sein! Wenn er Glück hatte, war die Sonne seine stille Begleiterin. Denn die Sonne, so schrieb er später, ist in Lagern und Gefängnissen besonders schön.

Die meisten der Jungen dösten vor sich hin. Tag für Tag, Woche für Woche. Zu mehr reichte die Kraft nicht. Es gab keine Bücher, keine Zeitung, keine Beschäftigung, keine Bewegung. Und das Essen blieb kärglich. Ein klebriges Zweikilobrot teilten sich am Morgen fünf



Häftlinge. Dazu gab es einen Becher Zichorienkaffee.

Das Schneiden des Brotes mit einem Draht war vor den Augen der Halbwüchsigen schon eine Zumutung. Der Hunger sprang die klapprigen Gestalten wie ein wildes Tier an. Wie sollten sich die Jungen beherrschen, wo jeder von ihnen ein ganzes Brot allein essen konnte? Und das ging 789 Jungen so.

Am Mittag und Abend gab es Wassersuppe. Einen dreiviertel Liter für jeden. Hin und wieder mit Graupen, manchmal auch mit Fleischfasern und etwas Öl. Das Öl schmeckte ranzig. An Vitamine dachte niemand. Die wenigen Brennnesseln oder Löwenzahnblätter, die sich zwischen den Häusern oder in den Ecken des Lagers versteckten, waren längst gegessen.

Helmuth hatte am Anfang nicht einmal ein eigenes Essgeschirr. Wieder half Wolf, der seinen Blechnapf anbot. Und Helmuth

reichte ihn noch einmal weiter. Diesmal an einen, der gerade Zwölf geworden war und mit dem er eine Kellerstufe teilte.

Bubi, wie ihn die meisten Jungen nannten, kam aus einem Dorf im Oderbruch. Ihn hatte das Schicksal hart getroffen. Weil eine Ladung Gefangener wegen der Flucht eines Volkssturmmannes nicht vollständig in Ketschendorf ankommen konnte, wurde der Zwölfjährige kurzerhand von der Straße geholt und in einen Transporter gesteckt. Das Soll war nun wieder erfüllt. Die Zahlen stimmten. Nur, dass Bubi Ende Mai mit kurzen Hosen und dünnem Hemd im Lager ankam. Mehr besaß er nicht. Bubis Überlebenschancen waren gering. Auch wenn er nachts den dicken Pullover eines Verstorbenen tragen durfte, den Wolf gegen das Nähen einer zerrissenen Hose eintauschte, konnte er sich bei der Essensverteilung nicht behaupten.

Neben dem Hunger setzte das Ungeziefer den jungen Gefangenen zu. Wanzen

fielen jede Nacht über die Schlafenden her. Auch Läuse und Flöhe. Sie nisteten sich in den wenigen Sachen ein, die die Jungen trugen. Das Kratzen nützte auch Helmuth nichts, Eiterbeulen übersäten bald seinen ausgehungerten Körper. Und jede geplatze Eiterbeule vergrößerte die Qualen.

Kein Wunder, wenn der Tod als Befreiung galt. Helmuth blieb der Gedanke nicht fremd. Doch anderen seinen Tod vor die Füße zu legen, erschien ihm egoistisch. Er musste durchhalten, auch für seinen Gott, an dem er, so schwer es fiel, nicht zweifeln wollte.

Auszug aus *Hannahs Verlies*  
(Roman von Andreas H. Apelt)

.....  
*Andreas H. Apelt: Hannahs Verlies. Roman, Mitteldeutscher Verlag Halle 3. Aufl., 480 S. ISBN 978-3-96311-329-1*  
.....

## Hinweise zur Ausgabe 5/23

### Anmerkung zu: Diskussion um Gedenkort Neubrandenburg

von Dr. Fred Mrotzek in Stacheldraht Nr. 5/23, S. 9/10

Die Diskussion um ein Konzept für die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg stellte Dr. Fred Mrotzek in der letzten Ausgabe des Stacheldrahts vor. Dabei verwies er sehr zutreffend auf die mit großem Aufwand durch das Land Mecklenburg-Vorpommern als Gedenkstätten hergerichteten ehemaligen MfS-U-Haftanstalten für die Bezirke Rostock und Schwerin. Nicht unerwähnt bleiben sollte jedoch, dass Neustrelitz von 1953 bis 1987 der langjährige Standort der MfS-U-Haftanstalt für den Bezirk Neubrandenburg war, bevor die in Neubrandenburg neu erbaute U-Haft im Mai 1987 bezogen wurde. In Neustrelitz ist inzwischen ein Gedenk- und Lernort am authentischen Ort entstanden. Im Juni 2021 wurde in der ehemaligen U-Haft Neustrelitz eine neue Dauerausstellung eingeweiht, an deren Erarbeitung die Behörde der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur ebenso wie die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern beteiligt waren.

Auf einem Projekttag des Justizministeriums MV in der damals gerade leergezogenen Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg am 09. November 2018 informierte die Landesbeauftragte Anne Drescher Schülerinnen und Schüler über die Repression in der DDR und die Haftbedingungen in der Stasi-U-Haft. Aufgrund der in der JVA vorgenommenen Umbauten waren die speziellen Haftbedingungen beim MfS für die Jugendlichen nicht mehr gut nachvollziehbar.

An der Diskussion um einen Gedenkort in der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt in Neubrandenburg hat sich die Behörde der Landesbeauftragten beteiligt, so an dem Podiumsgespräch am 24.11.2021, und wird diese auch weiterhin fachlich begleiten.

Burkhard Bley, stellv. Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise. Danke auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unsere jeweiligen Zitate auf der letzten Seite.

**Digitaler „stacheldraht“:** Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2022 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

**Abonnenten** können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

# Umfrage „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR (1945–1990)“

Wir wünschen uns mit dem hier angebotenen Fragebogen, dass die Leidtragenden aller Formen von DDR-Zwangsarbeit zu Wort kommen und Ihre Erfahrungen schildern können.

Gleichzeitig leisten Sie mit der Beantwortung des Fragebogens einen wichtigen Beitrag zur Erforschung und Dokumentation der Zwangsarbeit in der DDR. Um die tatsächlichen Arbeitsbedingungen in möglichst vielen Gefängnissen, Jugendhäusern, Jugendwerkhöfen und den dazugehörigen Arbeitseinsatzbetrieben detailliert darstellen zu können, sind wir als Forschende auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Im Rahmen der Forschungsarbeit von Dr. Christian Sachse und seiner 2014 erschienenen Publikation „Das System

der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur“ haben bereits viele Zeitzeugen und Zeitzeuginnen den Fragebogen ausgefüllt. Mit Ihrer Unterstützung können wir es schaffen, die Datenbank zum Themenkreis „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR“ zu vervollständigen und hoffentlich auch die Verantwortlichen dazu bringen, sich Ihrer Verantwortung zu stellen und Konsequenzen zu ziehen.


Alle Angaben werden vertraulich behandelt und nur zum Zwecke der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der DDR genutzt. Wir möchten Ihnen schon jetzt herzlich für Ihre Unterstützung danken. Welche Fragen Sie beantworten, bleibt Ihnen freigestellt.

Den ausgefüllten Fragebogen senden Sie bitte per Post an die:

Union der Opferverbände  
Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.  
Sandra Czech  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Sie können auch den eingescannten Fragebogen ausgefüllt an folgende Mailingadresse senden: [s.czech@uokg.de](mailto:s.czech@uokg.de); Für Rückfragen können Sie sich auch telefonisch melden an 030/57799201 oder an unsere Geschäftsstelle unter der 030/55779351.

Vielen Dank für Ihre Hilfe!  
Ihr UOKG-Team

Anlagen auf der Internetseite: [https://www.uokg.de/zwangsarbeit-umfrage/pdf/Fragebogen\\_Zwangsarbeit](https://www.uokg.de/zwangsarbeit-umfrage/pdf/Fragebogen_Zwangsarbeit): <https://www.uokg.de/download/24769>  
Dateigröße: 110 kB Downloads: 2 

## Fahrt nach Tost/Oberschlesien

### Programm

**1. Tag:** Das erste Ziel ist Breslau, wo uns der Deutsche Generalkonsul zu einem Gespräch empfangen wird – um u.a. über eine Lösung des noch unerledigten Themas: KOHLEN AUF UNSEREN MASSENGRÄBERN zu erörtern. Zuvor werden wir einen geführten Stadtrundgang durch Breslau vornehmen. Weiterfahrt nach Gleiwitz ins Hotel zum Abendessen.

**2. Tag:** Er ist ganz dem Besuch von Tost gewidmet, um gemeinsam mit dem Deutschen Freundschaftskreis das ehemalige Gefängnis zu besuchen, um eine Gedenkfeier an unserer Gedenkstätte abzuhalten, Mittagessen einzunehmen, am zweisprachigen ökumenischen Gottes-

dienst teilzunehmen, einen Spaziergang zur Eichendorff-Burg zu unternehmen um danach zurück nach Gleiwitz zum Abendessen zu fahren.

**3. Tag:** Fahrt nach Kreisau. Hier habe ich eine Führung bestellt sowie Mittagessen. Wenn es die Zeit erlaubt, schauen wir uns in Jauer noch eine wunderschöne Kirche an – bevor wir uns mit dem Bus wieder auf den Weg nach Dresden machen.

### Teilnehmer u.a.

- Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur
- Alexandra Titze, Vizepräsidentin des Bundesarchivs zuständig für das Stasi-Unterlagen-Archiv
- Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG
- Knut Abraham, Mitglied des Deutschen Bundestages
- Wojciech Bednarski, aus Breslau von der Platform of European Memory and Conscience (eine internationale Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und Organisationen aus EU-Ländern).


### Preis

ab/bis Dresden € 175,00 Einzelzimmer,  
€ 205,00 Doppelzimmer

Übernachtung vor und nach der Fahrt in Dresden kann bei mir zu einem günstigen Preis zugebucht werden. Ein ausführliches Programm schicke ich gern zu. Unsere Toster Freunde freuen sich auf uns. Sie können auch gern Bestellungen für Blumen für die Gedenkstätte in Tost aufgeben – ich leite weiter an die Gärtnerei in Tost.

Seit mehr als 30 Jahren arbeite ich dieses Lager des sowjetischen Geheimdienstes – NKWD – auf, weil mein Vater 1945 darin umkam. Viele Monate habe ich ehrenamtlich an der Organisation gearbeitet, u.a. Bus, Hotel, Essen bestellt, Fördergelder eingeworben, damit dieses Teilnehmer für alle Teilnehmer attraktiv und bezahlbar ist. Darum **BITTE ANMELDEN** und/oder Weitersagen!!! Beste Grüße und z wyrazami szacunku

Sybille Krägel  
I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien  
Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg  
Telefon: 040 53320599  
Mail: [kraegel@uokg.de](mailto:kraegel@uokg.de)

**NEU:** Das „Institut für Nationale Erinnerung“ in Kattowitz hat bereits ein zweites Buch über das NKWD-Lager Tost herausgebracht, auf polnisch. Mein Dachverband, die UOKG, möchte das zweite – überarbeitete – Buch übersetzen und im eigenen Verlag, „demokratie-verlag“, herausbringen lassen. Das Buch enthält einige Berichte von Überlebenden sowie eine lange Liste aller Häftlinge. 

## Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de), Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.

Mit etwas Verspätung – der Zeit und den Umständen geschuldet – können wir Ihnen heute wieder bestätigen, dass unsere Aktivität ungebrochen ist – und einiges neu auf den Weg gebracht werden konnte. Auch wenn es in der Politik, Justiz und Verwaltung zur Zeit ziemlich schwierig ist, mit den Themen „Rechtsstaat, Recht und Eigentum, Defizite und Aufklärung“, der Wichtigkeit entsprechend, Aufmerksamkeit zu erhalten und Handlung auszulösen, vermelden wir Fortschritte und die Mitwirkung geeigneter und verständiger Partner und neuer Mitstreiter.

Einiges aus dem persönlichen Bereich des Vorsitzenden vorab: Nach der feierlichen Eröffnung des historischen Senkgartens in Ziethen bei Anklam, einem deutschlandweiten Unikat, für dessen Wiederaufbau sich Graf von Schwerin viele (mühevoll) Jahre eingesetzt hat (Pressestimme: „Triumph der Ausdauer“), herrscht große Freude über das gerettete Garten-Juwel.

Besucher auf dem Wege an die Ostsee sind herzlich willkommen, eine Führung kann nach Anmeldung organisiert werden, Jedenfalls wurde hier ein aktives Beispiel für die Rettung und Erhaltung unseres vielfältigen Kulturerbes gegeben. So, wie es zu den Aufgaben von FRE und damit auch ARE gehört. Mit dem Rückenwind des Erfolges geht es jetzt im vorpommerscher Ziethen an die Aufgabe, auch den denkmalgeschützten Land-

schaftspark und später vielleicht auch das nach der SBZ/DDR-Zeit sanierungsbedürftige Gutshaus ins Visier zu nehmen. Dies im Zusammenwirken mit der Gemeinde, die bekanntlich nach der Wiedervereinigung als Eigentümerin die Verantwortung zu tragen hat.

Jetzt aber zu den Zukunfts-Perspektiven auf Bundesebene: Am 12. Juli 2023 fand in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Zentrum der Hauptstadt eine aus unserer Sicht als Auftaktveranstaltung in der neuen Zusammenarbeit zu wertende Abend-Konferenz statt: „Wir müssen reden!“ so das Motto. Es ging um die Frage der sogenannten „Boden – und Industriereform“ in der Zeit nach dem 02. September 1945. Es sollte der Vorläufer des von uns angeregten Projekttagess zur Thematik einschließlich der „Zwangskollektivierung“ werden. Nach den beiden Fachreferaten von Prof. Arnd Bauerkämper und Dr. Jens Schöne wurden zwei Zeitzeugen vom Moderator befragt. Einer von diesen war der ARE-Bundesvorsitzende Graf von Schwerin. Die Veranstaltung im gut gefüllten großen Saal der Bundesstiftung wurde als sehr gelungen bezeichnet und als Startpunkt zur weiteren intensiven Behandlung unserer Thematik gewertet. Nach der Rückklende und Definierung der künftigen Aufgaben in unserer Kooperation wird es ab jetzt um die dringlichen Fragen nach der Wiedervereinigung und die be-

stehenden großen Defizite gehen, die das offensive Vorgehen gegenüber der Politik und Justiz mit neuem Schwung unterstützen und fördern sollen.

Die wichtige und zukunftsweisende Veranstaltung wurde als Ganzes aufgezeichnet und ist bei YouTube zu sehen. Wir geben Ihnen hier den Link auf und bitten nachdrücklich, uns Ihren Eindruck mitzuteilen, gern auch mit einer Äußerung an die Bundesstiftung, die bereits etliche positive und kritische Nachrichten erhalten hat. Ihre Meinung ist für uns von Bedeutung. **Link zum YouTube-Film:** <https://www.youtube.com/watch?v=c-TXh6Nkfj0>

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur  
Kronenstraße 5 | 10117 Berlin  
Tel. 030 / 31 98 95 318  
E-Mail: [bueero@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:bueero@bundesstiftung-aufarbeitung.de)  
[www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de)  
[facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung](https://facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung)  
Link zum YouTube-Film: <https://www.youtube.com/watch?v=c-TXh6Nkfj0>

Für heute mit besten Grüßen und Wünschen

Ihr ARE-Team mit M. Graf v. Schwerin  
ARE-Plänitz: Hofstraße 5, 16845 Plänitz bei Neustadt/Dosse, Tel.: 033970- 518-74; -76 Fax: 033970-518-75

## Hans Schwenke ist verstorben

Erst dieser Tage wurde durch eine Anzeige seiner Verwandten bekannt, dass Hans Schwenke (\* 28. Februar 1934 in Düsseldorf, † 19. Juni 2023 in Berlin) nach langer Krankheit verstorben ist. Schwenke war 1991 der erste Vorsitzende des Aufarbeitungsvereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V. und hatte zuvor in der friedlichen Revolution an der Besetzung und der Beendigung der Arbeit der Stasi mitgewirkt. Prägend war er auch in der sogenannten operativen Gruppe engagiert, in der Bürgervertreter 1990 die staatliche Stasiauflösung kontrollierten. Weiteren Kreisen bekannt wurde er im Zusammenhang mit der

Aufdeckung verdeckt arbeitender Stasi-Offiziere (OiBes). Nach 1990 engagierte er sich für die Opferentschädigung, war zeitweise Bundesvorsitzender des „Bundes der Stalinistisch Verfolgten“ (BSV).

Im Jahr 2000 konstituierte sich in Berlin die „Vereinigung Verfolgter und Gegner des Kommunismus“, initiiert u. a. von Angelika Barbe und Hans Schwenke. Die neue Interessenvertretung war erklärter Konkurrent des bisherigen Dachverbands „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG), wurde jedoch überflüssig, als Barbe 2001 in

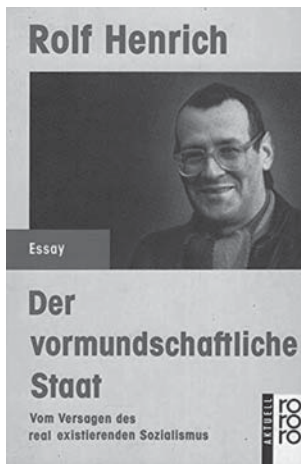
den Vorstand des UOKG gewählt wurde. Hans Schwenke wurde im selben Jahr Bundesvorsitzender des „Bundes der Stalinistisch Verfolgten“ (BSV). Der Verein beschloss im Mai 2009 seine Selbstauflösung und empfahl seinen Mitgliedern den Beitritt in die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, VOS.

Trauerfeier und Beisetzung fand am 13. Juli 2023 um 12.00 Uhr auf dem Georgen-Parochial-Friedhof 2 an der Landsberger Allee 48 in Berlin-Friedrichshain statt.

Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Berlin

## Der vormundschaftliche Staat – eine Analyse, die auch heute zu denken gibt

„Der vormundschaftliche Staat bestimmt hier bis in die Lehrinhalte hinein das, was gesagt wird und das, was gedacht werden soll“, so der Autor Rolf Henrich. Zitat im Deutschlandfunk 2014. Quelle: Kursiv Klassiker. Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat. Von Henry Bernhard | 11.08.2014 | Deutschlandfunk: <https://www.deutschlandfunk.de/kursiv-klassiker-rolf-henrich-der-vormundschaftliche-staat-100.html>, abgerufen am 04.07.2023.



„Der vormundschaftliche Staat' erschien im Westen Anfang April 1989, aber der SPIEGEL druckte Auszüge bereits eine Woche zuvor ab. Das Ergebnis:

.....  
*Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Rowohlt Verlag 5. Edition (03. April 1989), 320 Seiten, ISBN-13: 978-3499125362*

Weiterführend: *Ausbruch aus der Vormundschaft. Erinnerungen, Ch. Links Verlag; 1. Auflage 2019 (13. Februar 2019), 384 Seiten, ISBN-13: 978-3962890353*

.....

Der Autor Rolf Henrich stand schon unter Berufsverbot und wurde aus der SED ausgeschlossen, bevor sein Buch überhaupt veröffentlicht wurde.“ Das bedeutete für Henrich: „...dass meine wirtschaftliche Existenz so mit einem Federstrich zerschlagen wurde. Aber, ich will auf keinen Fall die DDR verlassen, und ich bin für diese Verhältnisse durchaus mitverantwortlich. Und also bin ich auch dran, in diesen Verhältnissen irgendetwas zu ändern, also dass ich vielleicht mit Hilfe einer theoretischen Analyse die Strukturen hier etwas durchsichtiger mache.“

Das Meisterwerk von Rolf Henrich beschreibt den vormundschaftlichen Sprachpolizei-DDR-Staat! Parallelen zur Gegenwart? Ein Buch, in dem sich der Autor

kritisch mit dem IST-Zustand seiner DDR auseinandersetzt. Der vormundschaftliche Staat war einer der wichtigen Texte, die die friedliche Revolution begleitet und unterstützt haben. Heute neu gelesen, erschrickt man über die Aktualität. Fast sämtliche Diagnosen, die Henrich für die untergehende DDR gestellt hat, sind bei kritischer Betrachtung auch in der Bundesrepublik mindestens ansatzweise zu erkennen. Es geht nicht um Gleichsetzung. In Abrede kann man analoge Parallelen aber eben nicht stellen. Das Buch sollte von allen politisch Interessierten gelesen werden.

Rolf Henrich, Jahrgang 1944, Ausbildung zum Bergmann, Studium der Rechtswissenschaften in Jena und Ost-Berlin, seit 1973 Anwalt in Eisenhüttenstadt, 1989 Ausschluss aus der SED nach Veröffentlichung seines regimiekritischen Buches „Der vormundschaftliche Staat“ in der Bundesrepublik; Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs der Bürgerbewegung Neues Forum, Vertreter der Opposition am Zentralen Runden Tisch; zahlreiche Veröffentlichungen und Auszeichnungen.

## Neue Ausgabe der Zeitschrift Gerbergasse 18 – Schwerpunkt MUSIK

Immer wieder prägten musikalisch-politische Ereignisse die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte. Darunter der „Bataufstand“ 1965 in Leipzig, als junge Musikkfans gegen die rigide Kulturpolitik des SED-Staates aufbegehrten, das Kölner Konzert und die anschließende Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976, der friedensbewegte Auftritt von Udo Lindenberg 1983 im Ostberliner „Palast der Republik“ oder als 1988 über Hunderttausend „Born in the USA“ von Bruce Springsteen auf dem Gelände der Radrennbahn Weißensee hymnisch mitsangen – das größte Konzertereignis in der Geschichte der DDR.

In der neuen Ausgabe der „Gerbergasse 18“ wird der thematische Bogen von der Kirchenmusik bis zum Heavy Metal gespannt. Das zeigt beispielhaft und ausschnittsweise, wie vielschichtig und verästelt das Gebiet der musikhistorischen Forschung ist. Aber auch die unmittelbare Gegenwart wirkt zurück auf die Musikhis-

torie. Der russische Überfall auf die Ukraine veranlasste die „Scorpions“ dazu, den Text ihres Welthits „Wind of Change“ zu ändern. Damit möchte die Band, so Frontmann Klaus Meine, einer Romantisierung Russlands entgegenwirken. Der Song entstand unter den Eindrücken von Konzerten der Gruppe 1988 in Leningrad und symbolisierte Ende 1990, als der Titel veröffentlicht wurde, die Hoffnung auf eine friedvollere Welt. Inzwischen habe das Lied aber seine Bedeutung als Friedenshymne eingebüßt.

Das Heft 107 wartet mit vielen weiteren spannenden Beiträgen auf. Darunter ein Bericht über die Urteile sowjetischer Militärtribunale in Dresden, wo zwischen 1945 und 1953 rund 2500 deutsche Zivilisten verurteilt wurden. Ein Artikel zur politischen Geschichte der Technischen Hochschule Ilmenau zieht Bilanz nach einer mehrjährigen Forschungsarbeit. Unter der Überschrift „Sibirisches Erdgas für Westeuropa“ wird auf ein Jahrhun-

dertprojekt zurückgeblickt. Die Trassenprojekte der DDR lassen sich aber auch mit Fragen nach Energiesicherheit und geostrategischen Abhängigkeiten in der Gegenwart verbinden. Des Weiteren widmet sich ein Text der Transportpolizei der DDR, die gemeinhin als „Bahnpolizei“ galt. Es wird gezeigt, dass die Trapo nicht lediglich der verlängerte Arm der Stasi war, aber gleichwohl intensiv an diese berichtete. Rezensionen zu aktuellen Neuerscheinungen runden die Ausgabe ab. Neben Besprechungen zum Film „In einem Land, das es nicht gibt“ über die DDR-Modewelt und zu einer Studie über das Reisen und den Tourismus im Sozialismus wird die Streitschrift „Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung“ einer kritischen Prüfung unterzogen.

Die neue „Gerbergasse 18“ (Heft 107) ist im lokalen Buchhandel oder direkt über die Geschichtswerkstatt Jena erhältlich.

Für Rückfragen und Informationen: Daniel Börner (Redakteur/Projektmanager), Telefon: 03641 - 82 12 35 E-Mail: [d.boerner@geschichtswerkstatt-jena.de](mailto:d.boerner@geschichtswerkstatt-jena.de)

# Tödliche Spionage im Kalten Krieg

Ein spannendes Buch von Dr. Stefan Donth über die „Gruppe Lange-Werner“

Es ist ein Abend im Mai 2007 im Nikolai-viertel. Hier im Berliner „Kartoffelhaus Nr. 1“ sitzt mir der ehemalige Drogerist Arno Drefke aus Freyenstein (heute Wittstock/Dosse) gegenüber. Ich führe mit ihm ein erstes Zeitzeugengespräch für mein späteres Buch „Das Zuchthaus Cottbus“. Der heute 89jährige Drefke saß als politischer Gefangener Anfang der 1950er Jahre in diesem Zuchthaus. Ruhig, sachlich und faktenreich berichtet er über seine Opfergeschichte. Er war 1953 mit 19 Jahren als Mitglied des antikommunistischen Jugendverbandes „Bund deutscher Jugend“ (BDJ) wegen angeblicher Wirtschafts- und Militärspionage zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Zehn Jahre musste er hinter Gittern verbringen.

An diesem Mai-Abend im „Kartoffelhaus Nr. 1“ erwähnt Drefke, dass er in Cottbus auch Männer erlebte, die zum Tode verurteilt waren. Es fällt der Name Christian Lange-Werner. Ich recherchiere die Geschichte seiner Gruppe, studiere natürlich auch die Stasi-Akten dazu. Zu einem Bericht oder gar Buch fehlte mir leider bisher die Zeit. Dieser Verdienst kommt nun dem Leiter Strategie und Zeitzeugenarchiv der Gedenkstätte Hohenschönhausen Dr. Stefan Donth zu. Auch für ihn waren die in Hohenschönhausen aufgezeichneten



Foto: Tomas Kittan

Arno Drefke (89) steht heute freiwillig am Eingang der Gedenkstätte Hohenschönhausen und berichtet als Zeitzeuge. Anfang der 1950er Jahre war er hier als 19-Jähriger inhaftiert, blieb zehn Jahre in DDR-Zuchthäusern hinter Gittern weggesperrt.

ten. Er ist auch der einzige bekannte noch lebende Zeitzeuge von Lange-Werner und seines Mitstreiters Willi Raupach.

30. Oktober 1953 in einem Cottbuser Kulturhaus im Beisein von rund 700 (vorgeladenen) Offizieren der Kasernier- >>



Foto: Privatsammlung Joachim Linge

Christian Lange-Werner (1914–1954) in der NS-Zeit in der Uniform der Wehrmacht. Er war Major und Oberingenieur.

Zeitzeugensprache von Arno Drefke eine Inspiration. Leider spielt er im Buch eine völlig nebensächliche Rolle (S. 88 und Fußnote 465 auf S. 134). Dabei ist Drefke nicht nur ein Haftkamerad und einer der letzten Menschen, die ihn lebend erleb-

Doch erstmal zurück zum Buch. Sehr faktenreich und detailliert stellt Donth die Spionagetätigkeit, ihre Verfolgung und den Prozess gegen die Gruppe vor. Sie bestand aus fünf Männern und drei Frauen. Die Hauptverhandlung fand am



Foto: Privatsammlung Joachim Linge

Christian und Lotte Lange-Werner mit den Söhnen Joachim (links) und Gunther.

Abteilung III  
Zentralarchiv

Operative Auskunft über unbefugte  
Einsichtnahme zu sichern

Auskunft aus Archivmaterial "Nachricht über gelöschte Strafe".  
(SK 16) Ihre Anforderung / Person ist für Ihre Dienstseinheit  
im Vorgang Reg.-Nr. erfasst.  
Diese Benachrichtigung verbleibt in Ihrer Dienstseinheit.

18908  
4. JAN 1954

I P VRs 540/53 **Strafnachricht (A)**  
Berlin O 2 / Oberste Staatsanwaltschaft  
für das Strafregister an: **VZA Annaberg/Erzgeb. Abt. 241**

Familienname (bei Frauen Geburtsname): **Lange-Werner**  
Vorname(n) (Rufname unterstreichen): **Christian, Johann, Hermann**

Geburtsangaben: Tag: **23.** Monat: **August** Jahr: **1914** Geburtsort: **Karl-Marx-Stadt**  
Kreis: **Karl-Marx-Stadt** Bezirk: **Karl-Marx-Stadt**

Familienstand: ledig  verheiratet  verwitwet  geschieden

Vor- und Familien- (Geburts-) Name: **[REDACTED]**  
des (bzw. früheren) Ehegatten: **[REDACTED]**

Des Vaters Vor- und Familienname: **Arno Lange-Werner, verst.**  
Der Mutter Vor- und Geburtsname: **Alma geb. Berg, verst.**

Beruf: **Ingenieur** Staatsangehörigkeit: **deutsch**

Wohnort: **Tannenberg/Erzgeb.** Straße und Hausnummer: **Siebenhöfen 124 b**  
evtl. letzter Aufenthaltsort: **Krs. Annaberg**

Vorbestraft durch registerpflichtige Vorurteilungen: nein - **XX**

Vorstehend bezeichnete Person ist rechtskräftig  
verurteilt worden:  
am **30./31.10.1953**  
durch **Bez.Ger.Cottbus, I.Strafsen.**  
Aktenzeichen: **I 472/53**

Straftat mit Angabe der Tatzeit: **Boykotttätigkeit g.demokrat.Einricht.u.Org. (Spionagetät. Erfind.u.Verbreit.friedensgefährd.tendenz.Gerüchte Dez.1952 - Juli 1953)**

auf Grund von: **Art.6 Abs. 2 d.Verf.d.DDR und KRD Nr.38 Abschn.II Art.III A III**

zu: **Todesstrafe, Vermögensschiebung Sühnemaßnahme aus KRD Nr.38 Art.IX Ziff.2-9 Dauer der Beschränkung, 5 Jahre**

Bemerkungen: **Todesstr. vollst. am 20.3.54**

Ort und Datum: **Cottbus, den 16.12.1953**

Dr. Lintner  
f. Strafvollstreck  
VP.Mstr.

Kopie BStU  
AP 2 502

Auszug aus der DDR-Strafakte von Christian Lange-Werner. (Quelle: frühere BStU)

BDV-Cottbus  
Ref.Strafvollstreck.  
AZ. I P VRs 540/53  
An die  
Staatsanwaltschaft  
des Bezirks  
C o t t b u s

Cottbus, den 31.3.54 149  
BStU  
0182

Betr.: Strafsache Christian Lange-Werner, geb. 23.8.1914  
AZ. I 472/53

Es wird hiermit mitgeteilt, dass das Todesurteil am 20.3.1954  
vollstreckt wurde.

Die Vollstreckung vorstehender Strafsache ist erledigt.

Lintner  
(Lintner)  
VP.Mstr.

Kopie BStU  
Aufbewahrt Frankfurt (O.)

Beamtendeutsch von DDR-Behörden über eine Hinrichtung: „Die Vollstreckung vorstehender Strafsache ist erledigt.“ (Quelle: BStU)

ten Volkspolizei (KPV) statt. Richterin war Lucie von Ehrenwall, die 1957 zur Oberrichterin am Obersten Gericht der DDR aufstieg.

Nach Ansicht des Gerichts hatten sich alle Angeklagten „durch ihre Spionagetätigkeit der Boykott- und Kriegshetze im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 der Verfassung der DDR und in Verbindung damit der Propaganda für den Militarismus im Sinne der Kontrollratsdirektive Nummer 38 Abschnitt II Artikel III A III schuldig gemacht.“ (Buch S.82/83). An Lange-Werner vollstreckt die SED-Diktatur in diesem Schauprozess ihr erstes Todesurteil gegen einen Angehörigen der „bewaffneten Organe“ der DDR, schreibt Donth (S. 89-90). Das bürokratische Prozedere seiner Hinrichtung schildert der Autor sehr erschütternd: „Der Henker vollstreckte das Urteil am 20. März 1954, 04.10 Uhr. Dafür benötigte der Scharfrichter sieben Sekunden.“ Seine ebenfalls inhaftierte Frau erfuhr erst am 04. August in Hoheneck vom Tod ihres Mannes. Seine persönlichen Hinterlassenschaften wie Trauring und Uhr wurden wegen „voller Vermögenseinziehung“ entgegen der Bitten seiner Angehörigen nicht ausgehändigt. Auch Lange-Werners Abschiedsbriefe wurden der Familie nicht übergeben, sondern verblieben in den Akten. Nicht einmal die Beisetzung des Leichnams in der Grabstätte der Schwiegereltern wurde erlaubt mit der Begründung, derartige Maßnahmen entsprächen nicht dem Gesetz, so die Staatsanwaltschaft. Welch Menschenverachtung in der angeblich so menschlichen sozialistischen Gesellschaft.

Auf weitere Einzelheiten aus Verfolgung, Verhaftung, Prozess, Aburteilung und weiterem Lebensweg der nicht hingerichteten Gruppenmitglieder soll hier nicht weiter eingegangen werden. Das macht der Buchautor sehr ausführlich, obwohl man mit den vielen Namen, Daten und anderen Fakten beim Lesen mitunter überfordert ist. Selbst ich, der sich seit Jahrzehnten mit der Thematik beschäftigt. Dazu sollte man sich das Buch besorgen, das es wirklich wert ist.

Da der Buchautor Stefan Donth kaum die Zeitzeugenberichte als lebendigen Schatz der Aufarbeitung nutzt, will ich hier noch einmal auf Arno Drefke zurückkommen. Ich telefonierte mit ihm nach Erscheinen des Buches vor wenigen Tagen mehrfach. Da berichtete er mir: „Ich war mit Lange-Werner und Willi Raupach gemeinsam im Haus 2 des Cottbuser Zuchthauses eingesperrt. Im obersten Geschoss für die LL (Lebenslänglichen), wie ich einer war. Beim Freigang, auf der Treppe und beim Duschen konnte ich sie erleben. Sie waren wesentlich älter als ich, und so gab es kaum Gespräche mit mir. Am rechten Bein und linken Oberarm hatten wir alle rund 20 LLer rote Streifen auf der Kluft. Über Klopfzeichen haben wir uns morgens mit den Männern der Nachbarzellen begrüßt und abends verabschiedet. Christian Lange-Werner besaß volles Haar, war aber eher schwächling gebaut. Willy Raupach wirkte etwas kräftiger und saß sogar eine Woche in meiner Zelle. Wir wurden zu fünf in eine Einzelzelle aus Kaiserzeiten gepfercht. Die Zelle war vier Meter lang und 2,40 Meter breit. Einen Namen hatte ich dort nicht mehr, wurde zur Nummer 63 gemacht. Ich war erst 19 Jahre alt, sehr klein und wog nur 59 Kilo. Daher schlief ich immer oben im Doppelstockbett. Arbeiten, um mal rauszukommen, durften wir alle nicht. Haftkamerad Willi Raupach sprach wenig. Ob er schlechtes Gewissen hatte, andere ans Messer geliefert zu haben oder Angst vor einem Zellen-Informanten der Stasi? Ich weiß es nicht.“



Arno Drefke 2017 mit Frau Brunhilde und Tochter Birgit in der Gedenkstätte. Seine Frau starb 2022 nach fast 60 Jahren Ehe.



Im August 2017 führte Drefke die Bundeskanzlerin durch Hohenschönhausen. Im Hintergrund links ist Buchautor Stefan Donth erkennbar.

Willi Raupach war auf jeden Fall ein SED-Opfer. Er musste 25 vielstündige Befragungen – die meisten Verhöre aller Gruppenmitglieder – über sich ergehen lassen. Verurteilt wurde er zu lebenslänglich, die zweithöchste Strafe in der Gruppe. Am 24. September 1964 entließ man ihn, inzwischen nach Brandenburg/Havel verlegt. Zehn Jahre später konnte er in die Bundesrepublik übersiedeln. Der weitere Werdegang ist leider unbekannt.

Der weitere Werdegang von Arno Drefke hingegen ist sehr wohl bekannt. Er war über die Familie und seine Drogerie fest in der DDR integriert, hielt hier bis zu ihrem Untergang durch. Nach dem Mauerfall engagierte er sich in der Aufarbeitung der SED-Diktatur. In Hohenschönhausen stellte er sich als Zeitzeuge zur Verfügung und führte Besucher durch die ehemalige zentrale Untersuchungsanstalt der Staats-

sicherheit. Im August 2017 zeigte er sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel das Gelände. Drefkes Frau Brunhilde war dabei. Mit ihr war er fast 60 Jahre verheiratet. Sie starb im Juli 2022. Tochter Birgit schreibt über die Lebensgeschichte ihres Vaters ein Buch. Auch die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus würdigt die Opfergeschichte von Drefke mit einer Tafel. Die Überschrift dort: „Das war die schlimmste Zeit, die ich durchgemacht habe in Cottbus.“

Drefke wohnt inzwischen in einer Seniorengemeinschaft, ist geistig noch voll fit. Er arbeitet täglich am Laptop. Der 89-jährige stolz: „Da spiele ich mit mehreren Leuten parallel Fernschach. Und auch die Gehkrücke nach einer Operation will ich bald wieder wegstellen.“

Übrigens: Auch Eva Meier (\*), Adam Baum (\*), Rudolf Demann, Horst Wieland und Lotte Lange-Werner saßen zumindest zeitweise im Zuchthaus Cottbus ein. Letztere war im Cottbuser Prozess zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Man entließ sie 1957 aus Hoheneck. Um die beiden kleinen Kinder des Ehepaares Lange-Werner kümmerten sich bis zur Entlassung der nunmehrigen Witwe ihre Geschwister – ohne jegliche Unterstützung durch die DDR-Behörden.

Leider gibt es im Buch von Stefan Donth „Tödliche Spionage im Kalten Krieg. Hohenschönhausen: Die ‚Gruppe Lange-Werner‘ im Visier der DDR-Staatssicherheit“ keine Fotos oder abgelichtete Dokumente. Das holt dieser Beitrag nach, u. a. mit Fotos aus der mir vorliegenden Stasi-Akte von Lange-Werner und von Arno Drefke. Der Buchautor war aber so

freundlich, zwei Fotos von Lange-Werner über die Gedenkstätte Münchener Platz in Dresden für diesen Artikel zur Verfügung zu stellen. Sie stammen vom 2019 verstorbenen Sohn Lange-Werners, Joachim Linge. Dort in Dresden wurde ja auch 1954 Lange-Werner hingerichtet.

Die Buchreihe „Zeitgeschichte im Gespräch“ ist eine Publikationsreihe des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin. Das Buch erschien im Metropol-Verlag Berlin, 157 Seiten, ISBN: 978-3-86331-695-2.

\*Namen im Buch von Stefan Donth geändert.

Dr. Tomas Kittan



### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz  
(Thema DDR-Zwangsadoption)  
Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54, E-Mail: kurz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.  
Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.  
Mo, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

**Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben:** Dr. Werner Gruhn, Dagmar Pietzsch, Conrad Rössel, Michael Striss, Ernst und Lieselotte Demele, Erik Hofmann, CDU-Fraktion Landtag Brandenburg, Dr. Werner Friedrich, Cornelia Schneider, Wolfgang Lehmann, Peter Menzel, Rocco Schettler, Ursula Friesicke-Ismael

## Das Zitat

**„Geschichte ist nicht tot, sie ist in der Gegenwart verkapselt und lebt in ihr weiter, denn sie ist nichts anderes als die Ansammlung von Gedanken, Entscheidungen und Handlungen der Vergangenheit unter bestimmten Umständen, die die heutige Gegenwart formen. Sie atmet in der Gegenwart, sie ist aktiv und sie ist mit den praktischen Problemen des Lebens verbunden.“**

Muamer Bećirović: Der Niedergang der Geschichte. Dieser Beitrag unterliegt der Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND 4.0). Er darf für nicht kommerzielle Zwecke unter Nennung des Autors und der Berliner Zeitung und unter Ausschluss jeglicher Bearbeitung von der Allgemeinheit frei weiterverwendet werden: <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/der-niedergang-der-geschichte-li.358777>, abgerufen am 24.06.2023.

## Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: [www.uokg.de](http://www.uokg.de)  
E-Mail: [Info@uokg.de](mailto:Info@uokg.de)

**UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:**

Konto: UOKG e.V.  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33HAN

**Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“**

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,  
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
E-Mail: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

**An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.**



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: [neymanns@satzherstellung.com](mailto:neymanns@satzherstellung.com), Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion [mailto: der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Redaktionsschluss Ausgabe 6/23: 21. Juli 2023

Redaktionsschluss Ausgabe 7/23: 01. September 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

